

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die 52. bis 55. - öffentliche - Sitzung (Reise)**

**des Kultusausschusses**

**vom 15. bis 20. Juni 2025**

**Kopenhagen (Dänemark) und Oslo (Norwegen)**

Tagesordnung:

Seite:

**Parlamentarische Informationsreise des Kultusausschusses nach Kopenhagen (Dänemark) und Oslo (Norwegen)**

***Kopenhagen***

<i>Briefing in der Deutschen Botschaft zu aktuellen politischen Entwicklungen in Dänemark .....</i>	<i>4</i>
<i>Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Abteilung für Kinder, Jugendliche und Schulen der Kommunernes Landsforening KL, der Interessenorganisation der Kommunen, über die Themen Inklusion, Digitalisierung, frühkindliche Bildung in Dänemark .....</i>	<i>6</i>
<i>Gespräch mit Vertreterinnen des DEA Think Tank über die Themen Inklusion, Digitalisierung, frühkindliche Bildung und Berufsausbildung in Dänemark .....</i>	<i>10</i>
<i>Gespräch mit einer Vertreterin des Kinder- und Unterrichtsministeriums über den dänischen Ansatz beim Thema Inklusion.....</i>	<i>11</i>
<i>Austausch mit Mitgliedern des Kinder- und Unterrichtsausschusses im dänischen Parlament unter anderem über die Themen Digitalisierung und Inklusion.....</i>	<i>14</i>
<i>Information durch Vertreterinnen und Vertreter der Kinder- und Jugendverwaltung Kopenhagen unter anderem über die Themen Finanzierung von Kindertagesstätten und Schulen, Personalausstattung, Finanzierung privater Schulen, gesetzliche Regelungen für frühkindliche Bildung und Schulen sowie Inklusion .....</i>	<i>16</i>

**Oslo**

<i>Briefing durch die Deutsche Botschaft zu aktuellen politischen Entwicklungen in Norwegen .....</i>	19
<i>Briefing durch die Deutsch-Norwegische Handelskammer zu aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen in Norwegen.....</i>	20
<i>Seminar mit Professor Rolf B. Fasting, Oslo Metropolitan University, zum norwegischen Bildungssystem .....</i>	21
<i>Besuch des norwegischen Zentrums für Holocaust- und Minderheitenstudien .....</i>	26
<i>Besuch eines samischen Kindergartens (Sami Manaidbeassi) .....</i>	28
<i>Besuch der Dønski videregående skole und Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Schule sowie Austausch mit Schülerinnen und Schülern .....</i>	28
<i>Information durch Vertreterinnen der Direktion für allgemeine und berufliche Bildung über das norwegische Bildungssystem, frühkindliche Bildung und Betreuung, sonderpädagogische Förderung sowie den Stand der Digitalisierung in norwegischen Schulen .....</i>	32
<i>Geführter Besuch der Deichman Bibliothek.....</i>	35

**Anwesend:****Ausschussmitglieder:**

1. Abg. Pascal Mennen (GRÜNE), Vorsitzender
2. Abg. Thore Güldner (SPD)
3. Abg. Corinna Lange (SPD)
4. Abg. Kirsikka Lansmann (SPD)
5. Abg. Karola Margraf (SPD)
6. Abg. Phillip Meyn (SPD)
7. Abg. Brian Baatzsch (i. V. d. Abg. Stefan Politze) (SPD)
8. Abg. Anna Bauseneick (CDU)
9. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
10. Abg. Jonas Pohlmann (i. V. d. Abg. Christian Fühner) (CDU)
11. Abg. Sophie Ramdor (CDU)
12. Abg. Lukas Reinken (CDU)
13. Abg. Lena Nzume (GRÜNE)
14. Abg. Harm Rykena (AfD)

**Von der Landtagsverwaltung:**

Regierungsrat Martin.

**Niederschrift:**

Ministerialrätin Dr. Kresse, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 52. Sitzung am 16.06.2025: 09:00 Uhr bis 18:05 Uhr,  
53. Sitzung am 17.06.2025: 09:30 Uhr bis 16:32 Uhr,  
54. Sitzung am 18.06.2025: 08:37 Uhr bis 18:12 Uhr,  
55. Sitzung am 19.06.2025: 10:00 Uhr bis 17:10 Uhr.

Tagesordnung:

## **Parlamentarische Informationsreise des Kultusausschusses nach Kopenhagen (Dänemark) und Oslo (Norwegen)**

### **Kopenhagen**

*52. Sitzung am 16. Juni 2025*

#### **Briefing in der Deutschen Botschaft zu aktuellen politischen Entwicklungen in Dänemark**

**Lasse Rodewald**, Leiter des Bereichs Presse und Kultur, gibt dem Ausschuss einen Überblick über die aktuelle politische Lage in Dänemark, das Parteiensystem, innen- und außenpolitische Entwicklungen, das Steuer- und Gesundheitssystem, die Renten- und Krankenversicherung, das Bildungssystem, Energiepolitik, Digitalisierung sowie den aktuellen Sachstand beim Fehmarnbelt-tunnel und beantwortet Informationsfragen seitens der **Ausschussmitglieder** dazu.

Zum Verhältnis von Dänemark zu Europa betont er, dass es seit einiger Zeit, unter anderem auch angesichts der aktuellen internationalen Krisen, eine europafreundliche Entwicklung und weniger europakritische Stimmen in der Gesellschaft gebe. So habe beispielsweise 2022 eine deutliche Mehrheit im Rahmen einer Volksabstimmung für die Aufhebung des Verteidigungsvorbehalts, also für die Teilnahme an einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, gestimmt. Auch der Kurs der Unterstützung der Ukraine werde von über 70 % der Bevölkerung mitgetragen.

Die bilateralen deutsch-dänischen Beziehungen hätten sich ebenfalls sehr gut entwickelt; inzwischen werde aus Dänemark sehr positiv in Richtung Deutschland geblickt. Ausdruck der guten Zusammenarbeit beider Länder sei zum Beispiel das Deutsch-Dänische Kulturelle Freundschaftsjahr 2020 oder der 2022 unterzeichnete Deutsch-Dänische Aktionsplan zur Weiterentwicklung grenzüberschreitender Aktivitäten gewesen.

Innenpolitisch herrsche aktuell insoweit eine ungewöhnliche Situation, als es in Dänemark eine blockübergreifende Mehrheitsregierung gebe; Tradition seien in Dänemark hingegen Minderheitsregierungen, die aber auch sehr stabil regieren könnten, weil es bei großen Themen wie Gesundheits-, Renten- oder Verteidigungspolitik traditionell regierungs- und oppositionsübergreifende und langfristige Vereinbarungen gebe, die über eine Legislaturperiode hinausreichen.

Inzwischen habe der Staat entschieden, dass alle ab 1972 Geborenen bis 70 arbeiten müssten. Dabei werde die Rente, genauso wie die Krankenversicherung, über die Steuer finanziert. Zusätzlich zur sogenannten Volksrente bzw. Grundrente hätten ca. 85 % der Dänen eine private Pensionsversicherung - Stichwort „Kapitalmarktrente“ -, in die Arbeitnehmer und Arbeitgeber einzahlten. Auch bei der Krankenversicherung gebe es Zusatzversicherungen, wobei das gesamte Gesundheitssystem sehr stark auf Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger setze. Entschieden sei inzwischen, dass es zukünftig sogenannte Superkrankenhäuser anstatt mehrere kleinere geben solle - eine ähnliche Entwicklung wie in Deutschland -, wobei auch die medizinische Versorgung im ländlichen Raum eine Herausforderung darstelle; so würden zum Beispiel Ärzten, die bereit sein, dort tätig zu werden, Boni gezahlt.

Bei der Digitalisierung sei Dänemark insgesamt sehr weit fortgeschritten; alle Verwaltungsvorgänge erfolgten digital. Grundlage dafür sei die sogenannte MitID - „meine ID“ -, über die man Zugang zu allen Behörden, Banken, Bibliotheken usw. erhalte und die auf der CPR-Nummer basiere - einer Nummer, die jeder in Dänemark Wohnende seit den 60er-Jahren bei der Geburt erhalte. Grundsätzlich könne man in diesem Zusammenhang feststellen, dass es in Dänemark im Vergleich zu Deutschland eine andere Sicht auf den Datenschutz gebe und die Dänen grundsätzlich ein tiefes Grundvertrauen in den Staat hätten - Stichwort „Wohlfahrtsstaat“. Das sei letztlich eine Mentalitätsfrage.

Zur **Bildungspolitik** führt Herr Rodewald aus, dass es in Dänemark aktuell eine Entwicklung weg von der Akademisierung und hin zu handwerklichen Berufen gebe. So solle in der Gemeinschaftsschule, die von der 0. bis zur 10. Klasse gehe, eine sogenannte Junior-Meisterlehre eingeführt werden, die sich an Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klasse richte, die sich für eine eher praxisorientierte Ausbildung, kombiniert mit einem Betriebspraktikum, interessierten. Die Jugendlichen müssten dann nur noch an drei Tagen in der Woche zur Schule gehen und würden ein bis zwei Tage in einen Betrieb gehen. Sie müssten auch nicht mehr alle Schulfächer belegen; nur Mathematik, Englisch und Dänisch seien verpflichtend. Dies solle in den kommenden Jahren umgesetzt werden, um manche Schülerinnen und Schüler ganz bewusst in Richtung einer berufspraktischen Ausbildung zu lenken. Wenn die Schülerinnen und Schüler anschließend doch noch das Abitur anstrebten, müssten sie einige Kurse nachholen und könnten dann noch aufs Gymnasium gehen.

In Dänemark gebe es grundsätzlich keine Schulpflicht, sondern eine Unterrichtspflicht, sodass auch die Möglichkeit des Homeschoolings bestehe. Im Anschluss an die Gemeinschaftsschule könnten die Schülerinnen und Schüler bisher entweder auf das klassische Gymnasium, ein technisches Gymnasium oder ein Wirtschaftsgymnasium gehen. Nun werde noch eine handwerkliche bzw. berufsorientierte vierte Stufe eingeführt, die weniger akademisch und an eine Ausbildung angeschlossen sei, mit der ein Zugang vergleichbar dem zu einer Fachhochschule erreicht werden könne. Da auch in Dänemark ein großer Fachkräftemangel in den gesundheitlichen und pädagogischen, aber auch sonstigen Lehrberufen bestehe, sei die Hoffnung, dass diesem durch diese Maßnahme begegnet werden könne. Diese Reform solle bis Ende der 20er-Jahre umgesetzt werden, ergänzt durch Reformen im Universitätsbereich, wo zum Beispiel Masterstudiengänge verkürzt werden sollten. Die klare politische Richtung sei, dass es zukünftig mehr darum gehen solle, was die Gesellschaft brauche, und nicht mehr nur darum, was die jungen Menschen wollten. Es solle in diesem Bereich also mehr Steuerung geben.

Mit Blick auf die Digitalisierung an Schulen gebe es in Dänemark inzwischen die Einsicht, dass man es viel zu weit getrieben habe. Das Motto sei aktuell: Zurück zu den Büchern! Denn man habe festgestellt, dass die Einführung von iPads in der Regel ab der 5. Klasse bei den Schülerinnen und Schülern zu einem Verlust von bestimmten Fähigkeiten geführt habe; es falle ihnen schwer, sich länger zu konzentrieren, Texte zu lesen usw. Bisher könnten die Kommunen entscheiden, wann Laptops eingeführt würden - das sei je nach Kommune zwischen der 3. und 7. Klasse der Fall. Im Zuge einer größeren staatlichen Bildungsreform werde es künftig die gesetzliche Vorgabe geben, dass Laptops frühestens ab der 7. Klasse verwendet werden sollten. Die digitalen Endgeräte würden in der Regel von den Kommunen gestellt - es gebe 98 Kommunen in Dänemark, die zum Teil unterschiedlich verfahren und auch bei der Umsetzung der Lehr-

pläne eine gewisse Unabhängigkeit hätten. In diesem Zusammenhang gebe es aber auch Probleme und Herausforderungen. So habe zum Beispiel Google den Kommunen Chromebooks mit cloudbasierten Anwendungen angeboten; ein Modell, auf das einige Kommunen gesetzt hätten. Dies sei von staatlicher Seite moniert und schließlich verboten worden. Die Tools und Programme auf den digitalen Endgeräten seien zum Teil einheitlich und würden vom Staat zur Verfügung gestellt; zum Beispiel würden auch alle Prüfungen aktuell noch digital durchgeführt - auch dies solle geändert werden -, sodass die Prüfungssoftware nach einer entsprechenden Ausschreibung durch den Staat zur Verfügung gestellt werde.

Auch sei die Rechnung aufgemacht worden, dass durch die Einführung von digitalen Endgeräten weniger Bücher gekauft werden müssten, aber auch hier gebe es nun ein gewisses Rollback. Die Digitalisierung im Bildungsbereich sei inzwischen nicht mehr so präsent und so positiv besetzt.

Gesetzlich geregelt werde künftig auch ein Handyverbot an den Schulen von der 0. bis zur 10. Klasse in ganz Dänemark. Die Handys würden zu Schulbeginn eingeschlossen und nach der Schule wieder herausgegeben. Klagen der Eltern dagegen wie in Deutschland seien ihm, Rodewald, jedenfalls nicht bekannt.

#### **Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Abteilung für Kinder, Jugendliche und Schulen der Kommunernes Landsforening (KL) (Interessenorganisation der Kommunen) über die Themen Inklusion, Digitalisierung, frühkindliche Bildung und Berufsausbildung in Dänemark<sup>1</sup>**

**Claus Melcher**, Spezialberater für Grundschule, Kindertagesstätten, Digitalisierung im Kita- und Schulbereich, informiert den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 1<sup>2</sup>, Seiten 1 bis 7](#)) über den Aufbau, die Aufgaben und die Finanzierung der Kommunernes Landsforening.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Harm Rykena** (AfD) antwortet Herr **Melcher**, grundsätzlich bestünden große Unterschiede zwischen den Kommunen (zum Beispiel zwischen Kopenhagen und kleinen, ländlichen Kommunen), und wie sie ihre Aufgaben wahrnahmen, könnten sie größtenteils dezentral entscheiden. Aufgabe der KL sei, die lokalen Bedarfe zu erkennen und sie fachlich zu berücksichtigen. Hinter dem groben Finanzrahmen, auf den man sich verständige, stehe ein komplexes Berechnungsmodell zur Verteilung der Mittel an die Kommunen; zum Teil gebe es auch Sonderzuschüsse. Eine zentrale Rolle spielten dabei die Einwohnerzahl und sozio-ökonomische Faktoren.

\*

---

<sup>1</sup> Dieses und alle weiteren Gespräche in Kopenhagen wurden simultan vom Dänischen ins Deutsche gedolmetscht.

<sup>2</sup> Diese und alle weiteren Anlagen zur Niederschrift werden aufgrund ihrer Dateigröße separat mit den Sitzungsunterlagen des Kultusausschusses im Intranet des Landtags verfügbar gemacht.

**Aleksandra Raaschou Beck** gibt dem Ausschuss sodann anhand der PowerPoint-Präsentation ([Anlage 1, Seiten 8 bis 14](#)) einen Überblick über Daten und Fakten zum Kita- und Kindergartenbereich, insbesondere über die Aufteilung der Finanzmittel, den Betreuungsschlüssel, die Sprachförderung sowie Grundsätze der und Herausforderungen bei der Kita-Betreuung.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) antwortet Frau **Raaschou Beck**, die Größe der Kitas insgesamt variere zwischen den Kommunen. In der Regel seien zwischen 30 und 200 Kinder in einer Kita; sie seien in kleineren Gruppen organisiert. Wie viele Stunden pro Woche die Kinder in der Kita seien, sei nicht festgelegt. Grundsätzlich müssten die Öffnungszeiten dem Bedarf in der Kommune entsprechen; in der Regel seien Kitas von 7 bis 16 oder 17 Uhr geöffnet.

Abg. **Harm Rykena** (AfD) erkundigt sich, ob auch in Dänemark der Wunsch nach beitragsfreien Kitaplätzen bestehe. In einigen Teilen von Deutschland zum Beispiel gebe es Eltern, die ihre Kinder früher in die Schule schickten, weil diese - anders als der Kindergarten - kostenlos sei.

Frau **Raaschou Beck** teilt mit, die politische Debatte in Dänemark sei eher, den Schulstart nach hinten zu verschieben und die Kinder solange wie möglich im Kindergarten zu lassen. Aktuell seien die Kinder, die bis zum 30. September das 6. Lebensjahr vollendeten, zum 1. August schulpflichtig. Die Kommunen arbeiteten gleichzeitig an einem früheren SFO-Start (Schul- und Freizeitordnung), also einem früheren Freizeitangebot für Kinder arbeitender Eltern nach dem Schultag; ein freizeitpädagogisches Angebot gebe es in den meisten Schulen.

Auf eine Frage von Abg. **Corinna Lange** (SPD) nach der Ausbildung der Kita-Kräfte legt Frau **Raaschou Beck** dar, 60 % hätten eine pädagogische oder eine pädagogische Assistenzausbildung. Diese erfolge in Berufsschulen, nicht über ein Studium. Die Ausbildung für die Pädagogen dauere 4 Jahre, die für die pädagogische Assistenz 3 Jahre; es sei kein gymnasialer Hintergrund erforderlich. Ansonsten arbeiteten auch Logopäden in den Kitas, Sozialarbeiter nur dann, wenn es besondere Unterstützungsbedürfnisse gebe.

Auf eine Frage von Abg. **Harm Rykena** (AfD) nach den 40 % nicht ausgebildeten Mitarbeitern antwortet Frau **Raaschou Beck**, hierbei handele es sich um nicht fachliche Mitarbeiter; das könnten Mitarbeiter ohne Ausbildung sein, oder es gebe auch viele junge Menschen, die nach dem Abitur ein Jahr in der Kita arbeiteten, bevor sie an die Uni gingen. Auch Studenten mit pädagogischer Ausbildung absolvierten zum Teil Praktika in den Kitas. Es gebe keine Anforderungen, welche Tätigkeit sie übernehmen dürften oder nicht. Die ausgebildeten Mitarbeiter führten aber eher die Elterngespräche und betreuten Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Ansonsten gebe es eine flache Hierarchie. Beahlt werde nach verschiedenen Tarifverträgen, je nachdem, ob jemand ausgebildet sei oder nicht.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) führt Frau **Raaschou Beck** aus, wenn das Sprachniveau von Kindern im Kindergarten vor Schulbeginn nicht ausreichend sei, bestehe die Pflicht, eine sprachliche Förderung in Anspruch zu nehmen, wobei diese möglichst im Rahmen der Gruppe erfolgen solle. Es komme dann ein Mitarbeiter aus der Verwaltung mit einer besonderen Ausbildung im sprachlichen Bereich in den Kindergarten. Ein Kind könne auch noch ein weiteres Jahr im Kindergarten bleiben, wenn festgestellt werde, dass die sprachlichen Fähigkeiten für die Schule noch nicht ausreichten.

Herr **Melcher** fügt hinzu, beim Übergang vom Kindergarten in die Schule sei die Zusammenarbeit mit den Eltern sehr wichtig; es sei wichtig, dass die Informationen von den Kindergärten, von denen die Kinder kämen, mit den Schulen, an die die Kinder gingen, geteilt würden - Stichwort „Wissenstransfer“ -, um eventuellen Herausforderungen besser begegnen zu können.

\*

**Claus Melcher** stellt anhand der PowerPoint-Präsentation ([Anlage 1, Seiten 15 bis 21](#)) das dänische Schulsystem unter Berücksichtigung der Themen Inklusion und Digitalisierung vor. Zum Thema Digitalisierung teilt er darüber hinaus mit, die Debatte hierzu werde inzwischen nuancierter geführt, insbesondere mit Blick darauf, wann im Unterricht digitale Endgeräte zum Einsatz kommen sollten und wann nicht. Eine Untersuchung der OECD habe ergeben, dass die Schülerinnen und Schüler Informationen aus dem Internet immer schlechter beurteilen bzw. bewerten könnten. Deshalb werde aktuell diskutiert, welche Kompetenzen in diesem Zusammenhang vermittelt werden müssten, auch mit Blick auf KI. Dazu werde es vonseiten des Ministeriums Vorschläge geben.

Auch stelle sich die Frage, welche fachlichen Kompetenzen die Schüler in Bezug auf digitale Werkzeuge haben müssten. Dazu sei im Rahmen des Qualitätsprogramms für öffentliche Schulen beschlossen worden, das Fach „Technologieverständnis“ einzuführen - allerdings nach einer politischen Entscheidung nicht als Pflicht-, sondern als Wahlfach.

Im Verwaltungsbereich gebe es eine digitale Plattform zur Unterrichtsplanung für Lehrer, über die Lehrmaterialien zur Verfügung gestellt und der Unterrichtsverlauf geteilt werden könne. Die Lehrmittel und -materialien seien zu einem sehr hohen Anteil digitalisiert. Auch gebe es als Kommunikationsplattform zwischen Eltern, Kitas und Schulen das AULA-IT-System.

Was die Verwendung von digitalen Endgeräten angehe, gebe es Unterschiede bei den Kommunen; zum Teil würden Tablets verteilt, oder es gelte „Bring your own device“. Da der Schulbesuch kostenlos sei, müsse die Schule aber Kindern, die nicht über ein Tablet verfügten, eines zur Verfügung stellen. Die Anbieter auf diesem Gebiet seien Microsoft mit Microsoft Office, Google mit den Chromebooks und Google Education sowie Apple mit iPads oder MacBooks und Apple Education.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Harm Rykena** (AfD) teilt Herr **Melcher** mit, nur ein sehr kleiner Anteil an Schülerinnen und Schülern werde zu Hause unterrichtet. Allerdings stiegen die Zahlen. In diesen Fällen gebe es keine Zusammenarbeit zwischen der Familie und der Schule und auch keine Begleitung; die Schule vor Ort müsse allerdings prüfen, ob die Entwicklung des Kindes den Anforderungen entspreche und ihm alle relevanten Kompetenzen vermittelt würden, zum Beispiel durch Tests oder Besuche zu Hause. Für viele Schulen sei das aber überhaupt kein Thema.

Auf eine Frage von Abg. **Dr. Karl-Ludwig von Danwitz** (CDU) nach der Finanzierung der Privatschulen antwortet Herr **Melcher**, ein Zuschuss in Höhe von 75 % komme von den Kommunen, 25 % würden durch die Eltern im Rahmen des Schulgelds finanziert.

Abg. **Kirsikka Lansmann** (SPD) erkundigt sich nach dem baulichen Zustand der Schulen. - Herr **Melcher** teilt mit, viele Gebäude seien alt, vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Bei Sanierungen



oder Renovierungen werde insbesondere auf das innere Klima geachtet, um das Unterrichtsmilieu zu verbessern. Dies sei immer wieder Thema bei den Finanzvereinbarungen, auch hier gebe es Herausforderungen.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) fragt, welche besonderen Bedarfe die 6 % der Kinder hätten, die separate Unterrichtsangebote erhielten - sei es an der regulären Schule oder an einer Sonderschule.

Herr **Melcher** führt aus, es gebe eine sehr breite Palette an Angeboten - sowohl Sonderschulen für Kinder mit schweren Behinderungen als auch Angebote, die so eng wie möglich an den allgemeinbildenden Klassen angegliedert seien. Es gebe zusätzliche fachliche Ressourcen in kleineren Gruppen, wobei ein großer Fokus darauf liege, die Anzahl der Betreuungspersonen an den einzelnen Schulen zu erhöhen, um auf besondere Bedürfnisse in kleinen Gruppen eingehen zu können.

Frau **Raaschou Beck** ergänzt, dass es immer mehr Kinder mit Autismus und ADHS gebe. Ziel sei, die Rahmenbedingungen des Unterrichts zu ändern, ohne finanzielle Ressourcen einzusetzen.

Auf eine Frage des Vors. Abg. **Pascal Mennen** (GRÜNE) zum Thema Fachkräftemangel sagt Herr **Melcher**, dies sei auch in Dänemark ein Problem. Seitens der Schulen beständen ein größerer Bedarf und der Wunsch, die Kompetenzen im Inklusionsbereich zu erhöhen, zum Beispiel im Bereich Autismus, indem Schulpsychologen und Spezialisten in die Klassen kämen und zeigten, wie man mit bestimmten Situationen umgehen könne.

Auf entsprechende Fragen von Abg. **Thore Güldner** (SPD) und Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) zu digitalen Lösungen in den Schulen teilt Herr **Melcher** mit, die meisten Kommunen hätten bezüglich der digitalen Endgeräte eine gemeinsame Lösung - Microsoft, Google Chromebooks, Apple iPads mit Apple Education - für die Schulen in der Kommune, um zu vermeiden, dass die IT-Abteilung der Kommune alle möglichen Systeme betreuen können müsse. Eine Herausforderung bestehe natürlich in der Lösung „Bring your own device“.

Grundsätzlich würden Verträge mit privaten Anbietern geschlossen; die kommunale IT-Abteilung (Kombit) kümmere sich hauptsächlich um kommunale IT-Systeme und Sorge für eine gemeinsame IT-Infrastruktur, auf der die anderen Systeme aufbauen müssten. So gebe es eine staatliche Kommunikationsplattform (AULA), die die Interaktion und Kommunikation zwischen Kitas, Schulen und Eltern erleichtern solle.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) fragt, inwiefern die Lehrkräfte auf das Thema Vermittlung digitaler Kompetenzen, auch mit Blick auf KI, vorbereitet bzw. dazu geschult würden.

Herr **Melcher** führt aus, aktuell gebe es sehr viele offene Fragen mit Blick darauf, wie der Unterricht in diesem Zusammenhang neu gestaltet und Leistungen der Schüler neu bewertet werden sollten. Viele Professionsschulen, die mit den Fachhochschulen in Deutschland vergleichbar seien und an denen auch die Lehrer ausgebildet würden, böten dazu Kurse an und schulten Lehrer darin, wie sie die Werkzeuge der KI für den Unterricht verwenden könnten. Eine Verpflichtung für Lehrkräfte, sich im Bereich Digitalisierung weiterzubilden, bestehe aber nicht.

In Kopenhagen sei auch ein Chatbot - Schul-GPT - entwickelt worden, der auf der französischen Mistral AI basiere. Es gebe insgesamt eine große Dynamik bei den Daten der Nutzer, und es sei sehr schwierig, dass die Lehrkräfte unterschiedlich verfahren.

Frau **Raaschou Beck** fügt hinzu, noch vor 5 Jahren sei über digitale Kompetenzen in Kitas diskutiert worden. Das habe sich völlig gewandelt. So dürften aktuell Kinder von 0 bis 2 Jahren in den Kitas grundsätzlich keine digitalen Geräte verwenden, von 3 bis 5 Jahren nur in ganz besonderen, pädagogisch begründeten Fällen, zum Beispiel zum Fotografieren oder Filmen von Insekten im Wald, um sie später bestimmen zu können.

Auf eine entsprechende Nachfrage von Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) teilt Herr **Melcher** mit, es gebe grundsätzlich keine Fortbildungspflicht für Lehrkräfte, auch nicht im Tarifvertrag. Die Regierung arbeite aber gerade an einer großen Reform, auch zum Thema lebenslanges Lernen, wonach sichergestellt werden solle, dass alle Lehrkräfte ihre Kompetenzen ihr Leben lang weiterentwickeln könnten.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) antwortet Herr **Melcher**, grundsätzlich werde mit Blick auf digitale Endgeräte immer mehr zwischen Handys und digitalen Ressourcen, die die Schule zur Verfügung stelle, unterschieden. So sei es gesetzlich nicht verboten, Handys im Unterricht bei sich zu haben, aber es gebe eine Handypolitik, die bestimme, wie viel Zugriff die Kinder auf ihr Handy haben dürften. So gebe es zum Beispiel immer mehr mobilfreie Zeiträume in der Schule. Digitale Endgeräte sollten dann im Unterricht genutzt werden dürfen, wenn es sinnvoll und nützlich sei.

### **Gespräch mit Vertreterinnen des DEA Think Tank über die Themen Inklusion, Digitalisierung, frühkindliche Bildung und Berufsausbildung in Dänemark**

**Stina Vrang Elias, Helle Marie Mortensen** und **Julie Tranholm-Mikkelsen** informieren den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 2](#)) über den Hintergrund und die Arbeit des DEA Think Tanks, das System der frühkindlichen Bildung und Betreuung (ECEC - Early Childhood Education and Care) sowie Analysen und Ergebnisse von DEA dazu und das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung (Vocational Education and Training - VET) in Dänemark.

Auf eine Nachfrage von Abg. **Corinna Lange** (SPD) zu den krankheitsbedingten Fehltagen von Erzieherinnen und Erziehern in Dänemark teilt Frau **Tranholm-Mikkelsen** mit, aktuelle Zahlen dazu lägen ihr nicht vor; 2022 seien es - auch noch wegen Corona - im Schnitt 18,9 Fehltage im Jahr gewesen, aktuell seien es weniger. Ein Ergebnis der Analysen von DEA sei: Je besser der Betreuungsschlüssel sei - also je mehr Personal pro Kind zur Verfügung stehe -, desto weniger Fehltage habe das Personal.

Frau **Mortensen** hebt im Zusammenhang mit der Vorstellung des Systems der beruflichen Aus- und Weiterbildung die aktuelle Entwicklung in Dänemark hervor, wonach der Fokus aktuell weniger stark auf der Hochschulbildung liege und mehr auf der berufspraktischen Ausbildung, auch aufgrund des Fachkräftemangels in diesem Bereich. Da es seit längerer Zeit Probleme gebe, genug jüngere Menschen für eine Berufsausbildung zu gewinnen - 73 % gingen aufs Gymnasium und etwa 20 % wählten Ausbildungsberufe -, und ab 2023 99 000 Berufsschüler fehlen würden, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen würden, habe die Politik Reformen beschlossen, um

mehr Studierende in Richtung einer Berufsausbildung zu lenken und die Qualität der Berufsausbildung zu verbessern. Nach 9 Jahren obligatorischer Volksschule könnten die Schülerinnen und Schüler bisher zwischen einer Berufsausbildung (EUD), dem allgemeinen Gymnasium (STX), dem Handelsgymnasium (HHX), und dem technischen Gymnasium (HTX) wählen. Nun solle eine neue berufs- und praxisorientierte Ausbildung namens EPX, die sogenannte Junior-Meisterlehre, eingeführt werden, wo man Berufskompetenzen erwerben könne, verbunden mit einer weiteren allgemeinen Bildung und einem speziellen Training, das auf bestimmte Bereiche zugeschnitten sei (Krankenpflege, Polizei, Handwerk). Diese neue Form der gymnasialen Ausbildung solle ab 2030 eingeführt werden und eine Alternative zu den traditionellen Gymnasien sowie den regulären Berufsausbildungen (EUD) darstellen.

Dem zugrunde liege die Erkenntnis, dass junge Menschen mit 15 oder 16 Jahren häufig noch keine Berufsausbildung wählen wollten, aber auch keine Lust mehr auf die Schule hätten und ihr einfach fernblieben. Dem solle diese neue Art der Ausbildung entgegenwirken.

\*

Im Anschluss informiert sich der **Ausschuss** im Rahmen einer Stadtführung mit der Deutschlehrerin Carina Gesche unter anderem über Unterschiede zwischen dem dänischen und deutschen Schulsystem.

### *53. Sitzung am 17. Juni 2025*

#### **Gespräch mit einer Vertreterin des Kinder- und Unterrichtsministeriums über den dänischen Ansatz beim Thema Inklusion**

**Ulla Skall** informiert den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 3](#)) über den dänischen Ansatz beim Thema Inklusion und gibt insbesondere einen Überblick über die Geschichte der Inklusion in Dänemark, die aktuelle Gesetzgebung, den Stand der Umsetzung der Inklusion sowie aktuelle Herausforderungen und Initiativen.

Darüber hinaus teilt sie mit, dass im Rahmen einer großen Evaluierung der Inklusion in 2015 eine Expertenkommission 100 Empfehlungen zur Verbesserung der Inklusion abgegeben habe. Unter anderem habe man sich daraufhin von der Zielsetzung, dass 96 % der Schülerinnen und Schüler zusammen Unterricht erhalten sollten, verabschiedet. Grundsätzliches Ziel sei es, vom Begriff der Inklusion ganz wegzukommen - im Gesetz gebe es dazu keine konkrete Definition; und auch das Ministerium habe keine vorgegeben - und auch nicht mehr über „Inklusionsschüler“ zu sprechen, sondern den Fokus darauf zu richten, dass sich alle Schüler im Unterricht fachlich gut entwickelten und wohlfühlten.

Neuere Untersuchungen zeigten auch, dass Zwischenformen wie die sogenannten NEST-Klassen - die insbesondere in der Kommune Aarhus eingerichtet worden seien -, in denen Schüler mit Autismus mit anderen Schülern zusammen unterrichtet würden und dort ein besonderes Training bekämen, zu guten Ergebnissen führten. In einer NEST-Klasse seien insgesamt 16 Schüler - 4 mit der Diagnose Autismus und 12 weitere Schüler -, die von zwei Erwachsenen unterrichtet bzw. betreut würden. Das Konzept der NEST-Klassen sei von vielen Kommunen aufgegriffen

worden; sie hätten Klassen mit besonderen Gruppen eingerichtet, in denen Schüler mit besonderen Bedürfnissen in einem ruhigeren und abgeschirmten Umfeld Unterricht bekämen.

Abg. **Corinna Lange** (SPD) spricht das Thema psychiatrische Diagnosen zur Beurteilung von sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf an und fragt, ob auch in Dänemark das Problem bestehe, dass es zu wenig Therapeutinnen und Therapeuten, aber auch Ärzte gebe, um entsprechende Diagnosen stellen zu können.

Frau **Skall** bestätigt, dass es auch in Dänemark in diesem Bereich große Probleme gebe; so seien die Wartezeiten für die Behandlung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie immer noch sehr lang, insbesondere dann, wenn die Psychologen aus öffentlichen Mitteln finanziert würden. Deswegen sei mit großer politischer Mehrheit zum 1. Januar 2025 ein leicht zugängliches Therapieangebot eingeführt worden: Alle Kommunen hätten die Pflicht, Behandlungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Anzeichen eines psychischen Leidens leicht zugänglich zu machen. Leicht zugänglich bedeute dabei, dass die Eltern diese Angebote direkt, ohne Überweisung in Anspruch nehmen könnten. Dazu müsse ein Gespräch mit dem betroffenen Kind geführt werden. Es sei auch eine Evaluation des Angebots geplant, um zu prüfen, ob es erweitert werden müsse.

In diesem Zusammenhang sei auch auf das Projekt VIBUS des Ministeriums hinzuweisen, das sich mit der Verbesserung der Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen befasse, sowie auf weitere aktuelle Initiativen wie ein Qualitätsprogramm für die Volksschulen. Unter anderem sei in diesem Zusammenhang ein Expertenausschuss aus Juristen, Praktikern und Verwaltungskräften eingesetzt worden, der prüfe, wie die entsprechenden Regelungen verbessert werden könnten. Es sollten auch mehr Mittel für die Kommunen für die pädagogisch-psychiatrische Beratung zur Verfügung gestellt werden, und die 9-Stunden-Grenze solle abgeschafft werden - bisher liege die Grenze, bis zu der Sonderunterricht im Rahmen des normalen Unterrichts stattfinden solle, bei 9 Stunden.

Auch solle eine bessere pädagogische Ausbildung bzw. psychologisch-fachliche Zusatzausbildung dazu beitragen, dass die Lehrer mehr Kompetenzen in diesem Bereich entwickelten. Die Sonderpädagogik werde dafür jetzt wieder in den allgemeinen Fächern berücksichtigt.

Auf entsprechende Fragen von Abg. **Dr. Karl-Ludwig von Danwitz** (CDU) führt Frau **Skall** aus, wenn die Schule bei einem Schüler oder einer Schülerin Förderbedarf feststelle, müsse sie ein pädagogisch-psychologisches Gutachten in Auftrag geben. Die Kommune ihrerseits habe die Pflicht, entsprechende Möglichkeiten zu gewährleisten. Dabei sei nicht geregelt, wie konkret dies organisiert werden solle. Die meisten Kommunen hätten aber eine eigene Abteilung für pädagogisch-psychologische Beratung.

Diese Gutachten seien die Grundlage dafür, ob Schüler eine Unterstützung in der allgemeinen Klasse oder Förderstunden erhielten oder ob sie in eine Sonderklasse oder Sonderschule kämen. Die Entscheidung, Schüler in eine Sonderklasse bzw. Sonderschule zu schicken, träfen die Kommunen, nicht die Eltern. Die Eltern könnten aber auch ihrerseits darum bitten, dass ein pädagogisch-psychologisches Gutachten erstellt werde.

Inklusionsklassen als solche gebe es nicht; es gebe lediglich die erwähnten NEST-Klassen. Grundsätzlich liege die Obergrenze in normalen Klassen bei 28 Schülern pro Klasse. Dabei obliege es den Kommunen, die Klassen je nach Bedürfnissen der Schüler zusammenzustellen.

Auf Fragen von Abg. **Anna Bauseneick** (CDU) zum Übergang von Kita und Schule, finanzielle Unterstützung zur Ausstattung der Schulen und Schulbegleitungen legt Frau **Skall** dar, im Volksschulgesetz gebe es eine Regelung zur pädagogischen Unterstützung von Kindern, die noch nicht in der Schule seien. Wenn die Eltern meinten, dass ihr Kind Hilfe brauche, zum Beispiel sprachliche Unterstützung, könnten sie sich an die Kommune wenden, die dann ein Gutachten erstellen und Empfehlungen machen müsse, wie das Kind unterstützt werden könne - zu Hause oder im Kindergarten. Im Kindertagesstättengesetz sei geregelt, dass Kinder, bei denen ein entsprechender Bedarf festgestellt werde, Unterstützung in der Kita bekommen sollten, zum Beispiel, indem ein zusätzlicher Erzieher einige Stunden pro Woche in die Kita komme, sodass alle Kinder in der Kita davon profitieren könnten. Den Kommunen falle es allerdings oft schwer, die Unterstützung nach dem Kindertagesstättengesetz und dem Volksschulgesetz zu unterscheiden. Der Übergang von der Kita in die Schule sei insgesamt verbesserungsbedürftig; zu viele Kinder kämen aus der Kita direkt in eine Sonderklasse. Dieses Thema sei sehr aktuell, auch weil eine Evaluation ergeben habe, dass nur ca. 10 % der Kitas eine sehr gute Qualität hätten, sehr viele eine ausreichende Qualität, aber auch etwa 40 % eine nicht ausreichende Qualität. Die Herausforderungen insbesondere mit Blick auf Kinder mit sozialen Schwierigkeiten sei sehr groß.

Was die räumliche Ausstattung der Schulen angehe, seien in der Vereinbarung zum Qualitätsprogramm dafür erhebliche Mittel bereitgestellt worden. Allerdings seien die Schulgebäude oft sehr alt, sodass Veränderungen schwierig seien.

Zur Frage der Schulbegleitungen sei darauf hinzuweisen, dass gemäß Volksschulgesetz alle Schüler - egal ob im allgemeinen oder Sonderschulbereich - einen Anspruch auf eine sogenannte praktische Mithilfe für einige Stunden oder den gesamten Schultag hätten.

Auf entsprechende Nachfragen von Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) teilt Frau **Skall** mit, im Gesetz seien keine Definitionen oder Bedingungen hinsichtlich der praktischen Mithilfe formuliert.

Unterricht in Sonderklassen oder -schulen dürfe laut Gesetz immer nur vorübergehend erfolgen. Mindestens einmal im Jahr müsse durch ein pädagogisch-psychologisches Gutachten überprüft werden, ob die Schülerinnen und Schüler wieder in eine allgemeine Klasse wechseln könnten. Untersuchungen zeigten allerdings, dass die meisten Schüler, die in Sonderschulen oder -klassen unterrichtet würden, ihre ganze Schulzeit über dort blieben. NEST-Klassen dagegen seien so angelegt, dass die Schülerinnen und Schüler während ihrer ganzen Schulzeit dort verblieben.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) erkundigt sich nach besonderen Angeboten bei der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt im Bereich Inklusion.

Frau **Skall** antwortet, Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen hätten einen Anspruch auf eine besondere Berufsausbildung, wenn ein Gutachten belege, dass sie keine reguläre Ausbildung machen könnten. Dabei würden sie auf eine bestimmte Arbeit vorbereitet. Es gebe auch die Möglichkeit, einen Mentor zu bekommen oder sonderpädagogische Unterstützung in diesem Zusammenhang zu erhalten. Behindertenorganisationen strebten grundsätzlich eine größere Flexibilität bei solchen Ausbildungen an, zum Beispiel, dass Jugendliche mit Behinderung bei einem Praktikum weniger Stunden, aber dafür über einen längeren Zeitraum arbeiten könnten. Es gebe auch einige Unternehmen, die Jugendliche mit Behinderung dabei unterstützten, in Beschäftigung zu kommen, zum Beispiel Supermarktketten.

Abg. **Dr. Karl-Ludwig von Danwitz** (CDU) fragt, ob es Überlegungen gebe, in Zukunft die Eltern entscheiden zu lassen, welche Schule ihre Kinder besuchten - Stichwort „freier Elternwille“.

Frau **Skall** erklärt, es gebe grundsätzlich die freie Schulwahl in Dänemark - unter der Voraussetzung, dass in der entsprechenden Volksschule ein Platz vorhanden sei. Die Wohnortkommune habe das Recht, ein Angebot anzuweisen. Wenn die Kommune entschieden habe, dass ein Kind einen Sonderschulplatz brauche, könnten Eltern auch eine Sonderschule in einer anderen Kommune wählen. Das sei keine finanzielle, sondern eine inhaltliche Entscheidung.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Corinna Lange** (SPD) führt Frau **Skall** aus, 2007 habe es eine Kommunalreform gegeben, die die Verantwortung und Finanzierung für die Sonderschulen auf die Kommunen übertragen habe. Die aktuelle Tendenz sei, dass die Kommunen Sonderschulen schlossen und mehr gemischte Angebote unterbreiteten. Das werde aber infrage gestellt. Eine Untersuchung aus 2024 habe im Übrigen ergeben, dass die Kommunen die Tendenz hätten, die Sonderschulen auf besondere Bereiche zuzuschneiden, zum Beispiel Autismus. Das sei aber aus Sicht des Ministeriums nicht zweckmäßig; wichtiger sei es, zu prüfen, welche Bedarfe die einzelnen Schüler hätten.

Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) fragt, wie mit Blick auf den großen Gestaltungsspielraum der Kommunen sichergestellt werde, die Kinder während ihrer Schulzeit die gleichen Chancen und das gleiche Lernniveau erreichen könnten, und ob es vorkomme, dass Eltern in eine andere Kommune umzögen, weil dort die Schulen besser seien.

Frau **Skall** antwortet, es gebe Fälle, in denen das vorkomme, und es gebe auch Kommunen, die überbelastet seien, weil ihre Sonderschulen sehr gut seien. Der Staat mische sich aber trotzdem nicht ein; die Freiheit der Kommunen werde von allen politischen Parteien stark unterstützt. Grundsätzlich gelte, dass die Schüler in den Volksschulen das Unterrichtsangebot bekommen sollten, das sie bräuchten. Gleichzeitig hätten die Eltern aber auch die Möglichkeit, sich zum Beispiel über den Sonderunterricht zu beschweren. Dafür gebe es einen eigenen Ausschuss.

### **Austausch mit Mitgliedern des Kinder- und Unterrichtsausschusses im dänischen Parlament Christiansborg**

Der **Ausschuss** tauscht sich mit der stellv. Ausschussvorsitzenden **Sara Emil Baaring** (Sozialdemokraten) und dem Ausschussmitglied **Alex Ahrendtsen** (Dänische Volkspartei) insbesondere über die Digitalisierung an Schulen, die aktuelle Situation an den Schulen sowie das Thema Inklusion aus.

Auch auf entsprechende Nachfragen seitens der **Ausschussmitglieder** führt Herr **Ahrendtsen** aus, mit der Digitalisierung im Unterricht habe man in Dänemark auch viele schlechte Erfahrungen gemacht, und er wolle davor warnen, sich in diesem Zusammenhang ein Beispiel an Dänemark zu nehmen. Am Anfang seien alle von der neuen Technologie sehr fasziniert gewesen - aktuell sei ein Handy-Verbot an Schulen im Gespräch. Der Kultusminister habe den Kommunen empfohlen, Handys im Unterricht bzw. in der Schule zu verbieten - aufgrund der starken Dezentralisierung in Dänemark und der großen Freiheiten, die die Kommunen hätten, sei es schwierig, etwas vorzugeben. Empfohlen werde aber auch, die digitalen Endgeräte im Unterricht weniger zu benutzen, weil unter anderem festgestellt worden sei, dass die Schüler dadurch schlechter

Lesen und Schreiben lernten und dass viele Schüler viel Zeit für Social Media aufwendeten, anstatt zu lernen und im Unterricht zuzuhören. Deshalb solle zukünftig im Unterricht wieder mehr mit Büchern gearbeitet werden. Der Staat habe 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit die Kommunen bzw. Schulen wieder Bücher kaufen könnten. Das sei ein erster Schritt; ob diese Mittel ausreichen, müsse man abwarten. Grundsätzlich seien sich inzwischen alle Parteien in Dänemark einig in dieser Frage.

Frau **Emil Baaring** bestätigt dies und fügt hinzu, dennoch sei die digitale Bildung natürlich wichtig; deshalb sei in diesem Zusammenhang auch von Bedeutung, dass die Lehrkräfte entsprechend ausgebildet und IT-didaktisch darauf vorbereitet sein müssten, wie Digitalisierung und auch KI im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden und wie sie digitale Allgemeinbildung und digitale Widerstandsfähigkeit vermitteln könnten. Zum Beispiel könne KI bei Kindern mit Schreibschwäche als Lernmittel eine gute Ergänzung sein. Das Problem sei, dass man aktuell keine Wahl zwischen Tablets und Büchern habe; das solle nach Auffassung der Politik geändert werden, und es solle ein größeres Bewusstsein dafür geschaffen werden, wann welches Mittel im Unterricht eingesetzt werde. Norwegen sei hier grundsätzlich Vorbild, auch mit Blick auf die Expertenausschüsse in diesem Bereich.

Ein weiteres aktuelles Problem sei die zunehmende Gewalt an Schulen; wie in vielen anderen Bereichen gerieten auch an den Schulen die Autoritäten unter Druck. Auch die Rolle der Eltern verändere sich; so müssten Lehrer oft die Erziehungsarbeit der Eltern übernehmen, und Eltern beschwerten sich oft sehr schnell. Deshalb sei es das politische Ziel, Lehrer mehr zu unterstützen. Die aktuelle Tendenz gehe zu einer etwas traditionelleren Art der Schule zurück, in der der Lehrer nicht zuerst als Freund, sondern als Erwachsener, der die Autorität habe, wahrgenommen werden solle. Beispielsweise sei auch ein großes Thema, wann und in welchen Fällen Verweise ausgesprochen werden dürfen; bisher sei dies nur sehr schwer möglich.

Herr **Ahrendtsen** bekräftigt dies und ergänzt, zu dem Autoritätsverlust der Lehrer komme hinzu, dass Schüler mit ausländischem Hintergrund zum Teil Probleme damit hätten, Frauen als Autoritätspersonen anzuerkennen. Ein Problem hierbei sei, dass die Lehrer quasi keine Kompetenzen in diesem Zusammenhang hätten, sie dürften oft nicht einschreiten bzw. schritten nicht ein, weil sie Angst davor hätten, angezeigt zu werden. Es sei wichtig, den Respekt gegenüber den Lehrkräften wiederherzustellen.

Zum Thema Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler in den 98 unterschiedlichen Kommunen teilt Frau **Emil Baaring** mit, es gebe einen groben gesetzlichen Rahmen für die Volksschulen, und es finde eine nationale Überprüfung der Abschlussprüfungen statt. Im Rahmen von nationalen Tests werde auch das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler gemessen. Entscheidend sei, dass die Schulen vor Ort zu den Kindern passen müssten, die sie besuchten.

Herr **Ahrendtsen** fügt hinzu, die Kommunen hätten sehr viele Freiheiten, um auf die unterschiedlichen Herausforderungen eingehen zu können, die mit Blick auf die Themen Demografie, Einkommen usw. beständen. Dabei sei ein Faktor, dass 30 % der Mittel, die für die Schulen zur Verfügung ständen, für Sonderunterricht ausgegeben würden - also sehr viele Mittel für sehr wenige Schüler.

Frau **Emil Baaring** weist abschließend darauf hin, ein Problem bei älteren Schülerinnen und Schülern sei, dass immer mehr dem Unterricht in der Oberstufe fernblieben und gar nicht mehr

zur Schule gehen wollen. Um dem zu begegnen, werde als Alternative zum allgemeinen Gymnasium (STX) und zum Handelsgymnasium (HTX) ein neuer Zweig, die sogenannte Junior-Meisterlehre (EPX), eine berufs- und praxisorientierte Ausbildung eingeführt, für die die Aufnahmekriterien gesenkt worden seien und die zwei Tage berufspraktischen Unterricht beinhalte. Österreich und Schweiz seien hier Vorbild.

\*

Im Anschluss informiert sich der **Ausschuss** im Rahmen einer Führung durch Christiansborg unter anderem über die Geschichte des dänischen Parlaments.

### **Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Finanz- sowie Kinder- und Jugendverwaltung Kopenhagen**

**Jasper Saaeby-Voss** von der Finanzverwaltung gibt dem Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 4](#)) einen Überblick über den Aufbau der Stadtverwaltung, die Verwaltungsebenen in Dänemark und deren Aufgaben, die Finanzierung und Budgets der Kommunen, den kommunalen Finanzausgleich, die demografische Entwicklung und die Investitionsplanung für Kinderbetreuung und Schule sowie die Finanzierung von privat betriebenen Schulen und beantwortet Informationsfragen seitens der **Ausschussmitglieder** dazu.

\*

**Martin Ludolph Hansen** von der Kinder- und Jugendverwaltung informiert den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 5](#)) über die Arbeit der Kinder- und Jugendverwaltung, ihr Finanzmanagement und ihren Finanzrahmen, die Anpassung des Budgets vor dem Hintergrund von demografischen Entwicklungen, politischen Entscheidungen und Inflation, die Verteilung der Mittel und Prinzipien der Budgetmodelle sowie Kostentreiber im Budget. Insbesondere weist er in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Kostentreiber die Ausgaben im Bildungsbereich für Kinder mit besonderen Bedürfnissen bzw. besonderem Unterstützungsbedarf seien, die 2023 22 % betragen hätten und 2030 30 % betragen würden. Die Zahlen in diesem Bereich stiegen also an. Es müssten 80 Millionen Euro zusätzlich in diesen Bereich investiert werden, was sehr schwierig sei. Deshalb sei ein Aktionsplan vorgesehen, um den Deckungsgrad zu senken und wieder mehr Geld für die allgemeine Bildung ausgeben zu können. Ob es gelinge, die Kosten damit langfristig zu senken, müsse man abwarten.

Auf entsprechende Fragen von Abg. **Lukas Reinken** (CDU) und Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) führt Herr **Hansen** aus, wenn der Staat Aufgaben an die Kommunen übertrage, komme er normalerweise für 100 % der Kosten auf. Es gebe aber einen Verteilungsschlüssel für die Mittel; beispielsweise erhalte Kopenhagen 10 %. Hierbei spiele vor allem die Einwohnerzahl eine Rolle. Dass die Zahlen bei den Kindern mit Unterstützungsbedarf zunähmen, sei auf verschiedene Faktoren zurückzuführen; so gebe es viele zu früh geborene Kinder, aber auch die Corona-Pandemie habe einen Einfluss darauf gehabt.

\*



Sodann geben **Michala Holm Faber** und **Anja Hansen** von der Kinder- und Jugendverwaltung dem Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 6](#)) einen Überblick über den Aufbau der Kinder- und Jugendverwaltung, Zahlen und Fakten zu Kinderbetreuung und Schule, das Unterstützungssystem für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, den Übergang vom Kindergarten zur Schule, die Volksschulen in Kopenhagen, die Schulgesetzgebung sowie Herausforderungen, Analysen und Aktionspläne in diesem Zusammenhang, die fachliche Umsetzung der Inklusion, die Gesetzgebung im Kita-Bereich, die Sicherstellung der Qualität in der Kinderbetreuung sowie die Definition des Inklusionsbegriffs.

Auf Fragen von Abg. **Anna Bauseneick** (CDU), Abg. **Lukas Reinken** (CDU) und Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) zur Kooperation mit den Eltern, zur Trägerschaft bei den Kitas und zur Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen durch externe Fachkräfte erläutert Frau **Hansen**, zum einen finde beim täglichen Bringen und Abholen der Kinder ein Dialog zwischen Eltern und Kita-Kräften statt, und es gebe einen Elternrat, über den Eltern Einfluss auf die Prinzipien der pädagogischen Praxis und die Finanzen nehmen könnten, und mit dem entsprechende Vereinbarungen getroffen würden.

Die meisten Kitas würden von den Kommunen getragen, ein Drittel werde privat geführt. Zumeist gebe es in diesen Fällen einen Aufsichtsrat, oder Eltern leiteten die Einrichtung und trügen die Verantwortung. In Kopenhagen gebe es 40 bis 50 private Einrichtungen, wobei die Tendenz steigend sei.

Wenn Kinder besondere Unterstützungsbedarfe hätten, kämen externe Experten wie Logopäden und Physiotherapeuten in die Kitas und zeigten den Fachkräften, wie sie damit umgehen könnten. Alle Kinder spielten in den Kitas unter den gleichen Bedingungen, auch solche mit besonderem Unterstützungsbedarf wie Kinder mit Autismus, mit Down-Syndrom, frühgeborene Kinder mit schwachem Immunsystem usw. Dass sie die nötige Unterstützung erhielten, sei gesetzlich geregelt.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) führt Frau **Hansen** aus, es werde immer das einzelne Kind beurteilt und geprüft, welchen Unterstützungsbedarf es habe. Dazu gebe es in den Einrichtungen unterstützende Pädagogen, die Vorschläge machten, wie man in der Praxis mit dem Kind arbeiten könne und welche Experten in die Einrichtungen kommen sollten - zum Beispiel Psychologen, Logopäden oder Ergotherapeuten.

Frau **Holm Faber** fügt hinzu, in den Schulen werde aktuell mit vier verschiedenen Kategorien gearbeitet: Kinder mit leichten, generellen Lernschwierigkeiten, mit weitergehenden Lernschwierigkeiten, mit sprachlichen Schwierigkeiten und Kinder mit Autismus. Die Kinder- und Jugendverwaltung wolle diese Kategorien gerne aufheben und statt mit Kategorisierungen zu arbeiten, lieber auf das individuelle Funktionsniveau der Kinder schauen.

Der Anteil der Kinder in besonderen, segregierten Programmen - in Sonderschulen oder -klassen - steige aktuell, und wenn sich dieser Trend fortsetze, dann würden 2030 7,3 % der Kinder in solchen Angeboten unterrichtet - aktuell seien es 5,6 % -, und 25 % des Budgets würden dafür ausgegeben.

Nach dem Inklusionsgesetz von 2012 sollten höchstens 5 % der Kinder in ganz Dänemark in segregierten Programmen unterrichtet werden; diese Regelung sei aber wieder kassiert worden,

weil sich großer Widerstand dagegen erhoben habe, eine konkrete Zahl im Gesetz festzulegen. Denn im Gesetz stehe auch, dass alle Kinder die Unterstützung bekommen müssten, die sie bräuchten. Dennoch sei es das Ziel, dass mehr Kinder mit besonderen Bedarfen in der Volksschule unterrichtet würden; alle Kinder, die in eine allgemeine Kita-Einrichtung gingen, sollten dann auch auf eine allgemeine Schule gehen. Und bei Kindern in Sonderschulangeboten müsse immer wieder getestet werden, ob sie nicht in den allgemeinen Unterricht wechseln können.

Aktuell sehe ein Aktionsplan vor, die Ressourcenzentren in den Schulen, über die jede Schule verfüge, zu stärken. Daran angegliedert sei ein Inklusionsberater, ein Psychologe, eine Krankenpflegerin und weitere Berater, zum Beispiel für Dänisch als Zweitsprache und Mathematik. Die entsprechenden Lehrkräfte hätten ein Aufbaustudium absolviert. Auch Co-Teaching-Programme nach der Methode in den USA, in denen ein Lehrer und ein Sonderschullehrer den Unterricht zusammen planten und evaluierten, würden durchgeführt, um die Unterrichtsqualität für alle Kinder zu erhöhen. Insgesamt sei es das Ziel, dass die Psychologen praxisbezogener arbeiteten; sie sollten 80 % ihrer Arbeitszeit bei den Kindern sein und nur 20 % am Schreibtisch.

Auf Fragen von Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) zum Thema altersübergreifendes und individualisiertes Lernen antwortet Frau **Holm Faber**, in Dänemark könnten die Schulen altersübergreifend arbeiten, die traditionellen Stundenpläne verhinderten dies aber oft. Wenn, dann finde ein altersübergreifendes Lernen nur in den unteren Klassen mit jüngeren Schülerinnen und Schülern statt. Was das individualisierte Lernen angehe, so gebe es ihrer Kenntnis nach eine Schule, die mit einer Forscherin zusammenarbeite und in einem Versuch teste, ob ältere Schüler bessere Leistungen erbrächten, wenn sie morgens später in die Schule kämen. Im folgenden Jahr werde es einen flexiblen Stundenplan geben, und dann könne selbst entschieden werden, wann der Unterricht stattfinde.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) erkundigt sich nach der Arbeitszeitbemessung der Lehrkräfte auch mit Blick auf individualisierten Unterricht sowie den Themen Kinderarmut und Supervision für Lehrkräfte.

Frau **Holm Faber** teilt mit, inzwischen gebe es eine lange Tradition der Zusammenarbeit von Lehrern und Erziehern, und es gebe auch viel Co-Teaching. Sonderpädagogik als Komponente aller Fächer sei Teil der Lehrkräfteausbildung genauso wie Co-Teaching. Erzieher arbeiteten auch im Hort mit, wobei es hier schwierig sei, Arbeitszeit für gemeinsame Vorbereitung zu nutzen. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte setze sich aus Vorbereitungs- und Kinderzeit (Unterricht) zusammen; es gebe keine Nachbereitungszeit, aber eine sogenannte Teamzeit, in der man sich über Didaktik und Pädagogik austauschen könne. Seit 2015 müssten die Lehrkräfte im Übrigen zur Unterrichtsvorbereitung usw. in der Schule bleiben, dies sei nicht mehr von zu Hause aus möglich. Dies sei eine große kulturelle Veränderung gewesen.

Was die Möglichkeit der Supervision angehe, so gebe es an jeder Schule das angesprochene Ressourcenzentrum, in dem Lehrer sich mit Psychologen, Inklusionsberatern, Beratern, Ergotherapeuten usw. austauschen könnten und Unterstützung bekämen. Auch Schüler und Eltern könnten dort Hilfe bekommen; das sei je nach Schule sehr unterschiedlich organisiert.

Herr **Hansen** teilt zum Thema Kinderarmut mit, dass die Finanzverwaltung seit 2018 weniger Zuschüsse bei den 0- bis 5-Jährigen zahlen müsse, was darauf hindeute, dass sich die Situation in Kopenhagen gebessert habe. Allerdings gebe es auch ressourcenschwache Familien, die aus

der Stadt verdrängt würden. Entscheidend sei, dass die Sozioökonomie nicht ausschlaggebend dafür sein dürfe, dass man Erfolg in der Schule habe. Zum Beispiel würden in vielen Schulen keine Hausaufgaben aufgegeben, weil viele Kinder zu Hause keine Hilfe von den Eltern dabei bekämen.

Auf die Frage von Abg. **Anna Bauseneick** (CDU), wie viele Kinder mit besonderen Bedürfnissen zu Hause unterrichtet würden und nicht in eine Schule vor Ort gingen, erklärt Frau **Holm Faber**, dazu seien ihr keine Zahlen bekannt, aber ihres Wissens werde dazu aktuell eine Untersuchung durchgeführt. Der sogenannte Krankenunterricht zu Hause habe früher insbesondere bei körperlichen Erkrankungen stattgefunden, heutzutage spielten auch psychische Erkrankungen eine Rolle. Die Schule vor Ort müsse jeweils sicherstellen, dass der Unterricht zu Hause gut ablaufe, wobei die Qualität unterschiedlich sei. Kinder mit psychischen Erkrankungen falle es oft schwer, wieder in die Schule zurückzukommen, wenn sie Krankenunterricht bekommen hätten. Auch seien die Kosten dafür sehr hoch, weil die Lehrkräfte zu den Kindern nach Hause kommen müssten.

## Oslo

*54. Sitzung am 18. Juni 2025*

### **Briefing durch die Deutsche Botschaft Oslo zu aktuellen politischen Entwicklungen in Norwegen**

**Christian Siepmann**, Referent für Kultur und Wirtschaft, gibt dem Ausschuss einen Überblick über den Aufbau der Botschaft, die deutsch-norwegischen Beziehungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, die Geschichte Norwegens, die aktuelle politische Situation, die Parteienlandschaft und das Bildungssystem und beantwortet Informationsfragen seitens der **Ausschussmitglieder** dazu.

Er betont, dass die deutsch-norwegischen Beziehungen grundsätzlich sehr gut und außerordentlich eng seien, da Deutschland und Norwegen viele Werte und Interessen teilten; nur in der Palästina-Frage bestünden unterschiedliche Auffassungen. Deutschland sei für Norwegen der wichtigste Partner auf dem europäischen Kontinent, was auch dadurch deutlich werde, dass Norwegen eine „Deutschland-Strategie“ mit dem Ziel der engeren Zusammenarbeit entwickelt habe. Insbesondere im Energie- und Verteidigungsbereich gebe es viele gemeinsame Projekte, so zum Beispiel die gemeinsame Beschaffung von U-Booten und die Energiepartnerschaft. Wichtige Zukunftsthemen für Norwegen seien vor allem der Zugang zum Weltraum, (kritische) Rohstoffe und die Green Transition.

Die wichtigsten gesellschaftlichen Prinzipien in Norwegen seien Gleichheit, Vertrauen und Konsens. So bestehe seitens der Bürgerinnen und Bürger ein hohes Vertrauen in den Staat. Auch die Politik - aktuell bestehe eine Minderheitsregierung der Arbeiterpartei - sei sehr stark vom Konsens geprägt. Insgesamt sei Norwegen ein hoch digitalisiertes Land mit einer zentralen digitalen Verwaltungsplattform, auf die jeder Bürger Zugriff habe.

Außenpolitisch spielten aktuell der Handels- bzw. Zollkonflikt sowie der Ukraine-Krieg eine entscheidende Rolle. Die EU sei in Norwegen traditionell ein Reizthema; Streit gebe es insbesondere

mit Blick auf die Strompreise und die Fischfangquoten. Der EU-Beitritt sei bereits zweimal im Rahmen von Referenden abgelehnt worden. Seit dem Antritt der Trump-Regierung steige allerdings die Zustimmung zu einer EU-Mitgliedschaft.

Zum **Bildungssystem** teilt der Vertreter der Botschaft insbesondere mit, in Norwegen gebe es ein 10-jährige Bildungspflicht von 6 bis 16 Jahren. Im Primarbereich (Klasse 1 bis 7) und unteren Sekundarbereich (Klasse 8 bis 10) gingen die Kinder auf eine gemeinsame Schule. Die höhere Sekundarschule (Klasse 11 bis 13) nach Ende der formalen Bildungspflicht biete zum einen ein allgemeinbildendes Programm an, das mit der Hochschulreife als Vorbereitung auf ein Studium abschließe, zum anderen aber auch ein berufsbildendes Programm. Nach zwei Jahren Schule und zwei Jahren Lehrzeit schließe man hier mit einer Berufsausbildung ab.

In der Schule würden Inklusion und Gleichheit sehr stark betont. Aktuelle Herausforderungen seien der Abfall der PISA-Leistungen seit Mitte der 2010er-Jahre, die nach Wahrnehmung vieler zu starke Digitalisierung der Schulen, die mittlerweile sehr umstritten sei - inzwischen werde wieder mit Büchern gearbeitet -, aber auch die Frage von mehr Disziplin und Sicherheit an den Schulen. In den aktuellen Diskussionen gehe es darum, dass der Lehrer wieder „der Chef im Klassenzimmer“ sein müsse und Handys aus den Schulen verbannt werden sollten.

#### **Briefing durch die Deutsch-Norwegische Handelskammer zu aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen in Norwegen**

**Kathrin Luze-Hercz**, Vertreterin der Deutsch-Norwegischen Handelskammer, informiert den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 7](#)) über folgende Themen:

- Aufbau und Aufgaben der Deutsch-Norwegischen Handelskammer,
- wirtschaftliche Daten in Norwegen,
- deutsch-norwegischer Handel,
- staatlicher Pensionsfonds,
- Strompreise in Norwegen,
- Status Wasserstoff,
- Offshore-Windenergie in der Nordsee,
- CCS (Carbon Capture and Storage) - Speicherung von CO<sub>2</sub>,
- weitere wichtige Wirtschaftszweige, insbesondere Verteidigung und Digitalisierung, sowie
- Mineralien und seltene Erden

und beantwortet Informationsfragen seitens der **Ausschussmitglieder** dazu.

## Seminar mit Professor Rolf B. Fasting, Oslo Metropolitan University, zum norwegischen Bildungssystem<sup>3</sup>

Herr Professor **Fasting** informiert den Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 8](#)) über folgende Themen:

- Daten und Fakten zum norwegischen Bildungssystem,
- der norwegische Kindergarten: Historie und aktuelle Situation; Rahmenplan für den Kindergarten (2017); Inklusion im Kindergarten,
- Geschichte und Entwicklung des norwegischen Bildungswesens und des inklusiven Unterrichts; Grund- und Sekundarschulbildung,
- angepasster und individuell angepasster Unterricht,
- Kernprinzipien des inklusiven und angepassten Unterrichts,
- norwegisches Unterstützungssystem für Kinder, Schüler und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf,
- Regelungen im neuen Bildungsgesetz 2024: Grundwerte und Ziele, allgemeine Bestimmungen mit Blick auf inklusiven Unterricht,
- aktuelle Debatten zur Digitalisierung in Schulen: Trends bei der Digitalisierung des Unterrichts, digitale Technologien, politische Maßnahmen mit Blick auf Herausforderungen bei der Digitalisierung; Empfehlungen des Bildschirmnutzungskomitees.

Zum Bereich **Kindergarten** teilt Herr Professor Fasting mit, dass die Kosten für einen Kindergartenplatz in Norwegen entsprechend der neuesten Haushaltsbeschlüsse nicht mehr - wie in der Präsentation aufgeführt - 2 000 NOK, sondern nur noch 1 200 NOK pro Monat betragen. Der Wunsch einiger Parteien nach einem beitragsfreien Kindergarten sei nicht durchsetzbar gewesen.

Abg. **Corinna Lange** (SPD) fragt, ob der Anspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr auch einen Anspruch auf eine bestimmte Anzahl an Betreuungsstunden pro Tag impliziere und, wenn ja, wie viele.

Danach werde nicht differenziert, antwortet Herr Professor **Fasting**. Es bestehe ein Recht auf einen vollen Kindergartenplatz. Die Öffnungszeiten seien in der Regel von 7 bis 17 Uhr, wobei es oft eine Kernzeit von 10 bis 14 Uhr gebe, in der alle Kinder im Kindergarten sein sollten. Das Angebot sei sehr groß, und die Anmeldezahlen seien sehr hoch.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) erkundigt sich, was in Norwegen getan werde, damit der Übergang vom Kindergarten in die Schule gut gelinge, und an welchen Stellen es Herausforderungen gebe.

---

<sup>3</sup> Dieses und alle weiteren Gespräche in Oslo wurden simultan oder konsekutiv vom Norwegischen oder Englischen ins Deutsche gedolmetscht.

In Dänemark habe der Ausschuss erfahren, dass viele Kinder, die schon im Kindergarten separate Fördereinrichtungen besuchten, dies auch in der Schulzeit täten.

Herr Professor **Fasting** teilt mit, in Norwegen gebe es nur sehr wenige gesonderte Einrichtungen für Kinder mit sonderpädagogischen Bedürfnissen; der Anteil der Kinder, die in Förderschulen unterrichtet würden, sei sehr gering. Zumeist hätten diese Kinder schwere und/oder mehrfache Behinderungen. Die Definition für Kinder mit besonderen Unterstützungsbedürfnissen sei im Übrigen auch im Kindergarten eine andere als in der allgemeinen Schule.

Der Übergang zur Schule werde im Kindergarten vorbereitet. Es sei gesetzlich vorgeschrieben, dass die Schulen mit den Kindergärten zusammenarbeiten müssten, um den Übergang in die Schule zu erleichtern. Es sei Aufgabe der Kindergärten, die Schulen zu kontaktieren. Allerdings müssten die Kindergärten aus Datenschutzgründen die Eltern zuvor um Erlaubnis bitten, ihre Dokumentationen über die Kinder an die Schule weiterleiten zu dürfen. Wenn die Eltern dem nicht zustimmten, dürfe der Kindergarten keine Daten übermitteln.

Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) fragt, wie eine Zusammenarbeit von Schulen mit Kindergärten überhaupt möglich sei, wenn sie keinen Zugriff auf die entsprechenden Daten erhielten.

Herr Professor **Fasting** führt aus, in Norwegen gebe es den sogenannten PPT, den Pädagogisch-Psychologischen Dienst, eine Art Erziehungsberatungsstelle und auch Verbindungsstelle zwischen den Kindergärten und Schulen. Der PPT erstelle Gutachten mit Blick auf Kinder, die einen besonderen Unterstützungsbedarf hätten, und bevor die Kinder 6 Jahre alt würden, lade der PPT die Kindergärten bzw. Eltern ein, um die Informationen mit den Schulen zu teilen. Wenn die Eltern diese Informationen nicht freigeben wollten, könne der Kindergarten auch auf anonymisierte Weise mit der Schule zusammenarbeiten und sie darauf vorbereiten, welche Bedarfe bestehen könnten.

Auf Fragen von Abg. **Anna Bauseneick** (CDU) und Vors. Abg. **Pascal Mennen** (GRÜNE) nach den privaten Trägern der Kindergärten und den Kompetenzen des Personals erläutert Herr Professor **Fasting**, dass inzwischen mehr als die Hälfte der Kindergärten private Träger hätten, liege zum Teil daran, dass ab 2005 schnell eine Erhöhung der Kindergartenplätze erreicht werden sollte; deshalb habe es zwischen 2005 und 2015 einen entsprechenden Privatisierungsprozess gegeben und sei diese Aufgabe outgesourct worden. Sehr oft hätten Elterngruppen Kindergärten gegründet, die dann von privaten Trägern übernommen und weiterentwickelt worden seien. Die Regierung arbeite aktuell jedoch gegen diesen Trend, da die privaten Träger sehr profitgetrieben arbeiteten. Sie erhielten einen staatlichen Zuschuss pro Kind, wobei die Preise für die Plätze in privaten und öffentlichen Einrichtungen gleich sein sollten.

Das Problem, dass es zu wenig qualifizierte Fachkräfte gebe, bestehe sowohl in den Kindergärten als auch in den Schulen - es bestehe jedoch in den einzelnen Regionen unterschiedlich stark. In den Kindergärten solle durchschnittlich eine qualifizierte Lehrkraft mit einem Bachelorabschluss in frühkindlicher Pädagogik zur Betreuung von sechs Kindern zur Verfügung stehen. Zwei Drittel der Kindergärten erfüllten diese Norm. Ansonsten arbeiteten in den Kindergärten Personen mit einer Ausbildung im Bereich Kinder und Jugendliche und auch ungelernte Personen, die zum Beispiel direkt nach ihrem Schulabschluss kämen. Dazu könne sicherlich die Direktion für allgemeine und berufliche Bildung mehr sagen.

Im Zusammenhang mit dem **Unterricht in der allgemeinen Schule** von der 1. bis zur 10. Klasse und die Umsetzung der **Inklusion** weist Herr Professor **Fasting** insbesondere darauf hin, dass im neuen Bildungsgesetz seit 2024 die Begriffe „Sonderpädagogik“ bzw. „Sonderunterricht“ durch den Begriff „Individual Adapted Education“ (IAE), also individuell angepasster oder gestalteter Unterricht, auf den die Schülerinnen und Schüler einen Rechtsanspruch hätten, ersetzt worden seien. Es gebe nur noch einige wenige Sonderschulen in Norwegen und ansonsten einige Sonderabteilungen an den regulären Schulen. Im Übrigen sollten im Rahmen der Inklusion möglichst alle Schüler in allen Fächern adaptierten Unterricht erhalten, und eine zentrale Debatte in Norwegen sei, wie dies erreicht werden könne. Ein großes Problem in diesem Zusammenhang sei, dass es kein gemeinsames Verständnis darüber gebe, was Inklusion oder inklusive Schule eigentlich sei. Es gebe auch keine Statistiken zu sonderpädagogischen Maßnahmen, und der Lernerfolg in diesem Zusammenhang sei schwer zu messen.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) führt Herr Professor **Fasting** aus, die Tatsache, dass verhältnismäßig viele Schülerinnen und Schüler keinen Abschluss in der weiterführenden Schule erzielten, auch nicht im berufsbildenden Zweig, stehe nach seiner Kenntnis in keinem Zusammenhang mit einer etwaigen Teilnahme bereits am Kindergartenangebot; 9 von 10 Kindern in Norwegen besuchten den Kindergarten. Erst ab dem Jahrgang 11 verließen viele Schülerinnen und Schüler die weiterführenden Schulen. Ziel sei es, hier zu Verbesserungen zu kommen.

Vors. Abg. **Pascal Mennen** (GRÜNE) erkundigt sich, ob es beim gemeinsamen Unterricht die Möglichkeit gebe, dass die Schülerinnen und Schüler in ihrem eigenen Tempo arbeiteten und Leistungskontrollen ablegten, da sie unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten hätten.

Professor **Fasting** sagt, es sei die Aufgabe der Lehrer, den Unterricht gegebenenfalls an die Schüler anzupassen und ihnen unterschiedliche Aufgaben zu geben usw.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Brian Baatzsch** (SPD) führt Herr Professor **Fasting** aus, dass die Oberstufe normalerweise in drei bis fünf Jahren abgeschlossen werde, liege unter anderem daran, dass die Berufsausbildung in der Oberstufe oft über fünf Jahre verteilt stattfinde oder dass manche Schüler zum Beispiel eine Sportschulenoberstufe besuchten - ein Beispiel sei die Dønski Schule, die der Ausschuss noch besuchen werde -, wo sie den allgemeinen Unterricht sozusagen in Teilzeit absolvierten, um gleichzeitig ausreichend Zeit für das Sportprogramm zu haben. Insgesamt sei das Oberstufensystem sehr flexibel und passe sich an die Schüler an.

Auf eine Frage von Abg. **Karola Margraf** (SPD) zum Schülertransport teilt Herr Professor **Fasting** mit, Kindern in der 1. bis 7. Klasse müsse ein Schülertransport angeboten werden, wenn sie mehr als 3 km von der Schule weg wohnten. Dieser könne per Bus oder Taxi erfolgen. Auch wenn ihr Schulweg besonders gefährlich sei, erhielten die Schüler ein entsprechendes Transportangebot. Auch von der 8. bis zur 10. Klasse gebe es entsprechende Angebote, hier gebe es aber keine spezifischen Regelungen. Für Schüler der 11. bis 13. Klasse trage der Regierungsbezirk die Verantwortung für den Schülertransport, nicht die Schule. Normalerweise werde hier das allgemeine Angebot des öffentlichen Nahverkehrs genutzt, zum Teil würden aber auch Schulbusse eingesetzt.

Auf eine Frage von Abg. **Harm Rykena** (AfD) zum Thema Homeschooling antwortet Herr Professor **Fasting**, in der Tat sei es möglich, dass Schüler zu Hause unterrichtet würden, dafür müssten

dann die Eltern die Verantwortung übernehmen. Der Anteil sei aber sehr gering. Zahlen dazu kenne er nicht. Nach seiner Kenntnis werde von der Möglichkeit des Homeschoolings zumeist dann Gebrauch gemacht, wenn die Eltern in Opposition zum Bildungswesen ständen oder Schüler psychische Erkrankungen hätten.

Auf entsprechende Fragen von Abg. **Sophie Ramdor** (CDU), Abg. **Philipp Meyn** (SPD) und Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) nach der Ausbildung der Lehrkräfte, auch im Bereich Sonderpädagogik, erläutert Herr Professor **Fasting**, nach der neuesten Reform der Lehrerbildung würden die Lehrkräfte entweder für die Klassen 1 bis 5 oder 5 bis 10 fachlich ausgebildet, was allerdings insofern ein Problem sein könne, als insbesondere kleinere Schulen - 20 % der norwegischen Schulen hätten weniger als 100 Schüler - Lehrer für alle Altersgruppen bräuchten. Ein Masterstudium sei nun obligatorisch für Lehrer.

Eine reine sonderpädagogische Ausbildung bzw. ein eigenes Seminar, in dem der Bereich Inklusion adressiert werde, gebe es nicht; aber an vielen Universitäten - so auch an der Oslo Metropolitan University - gebe es Programme für Sonderpädagogik und inklusive Bildung. Das Thema des inklusiven Unterrichts sei aber insofern wichtiger Teil der Ausbildung der Lehrer, als er auch Bestandteil der verschiedenen Fächer sei. So müssten unterschiedliche Arten gelernt werden, Norwegisch im Unterricht zu vermitteln, zum Beispiel, wie eine Lese-Rechtschreib-Schwäche berücksichtigt werden könne.

Alle Lehrkräfte würden grundsätzlich die gleiche Ausbildung durchlaufen, egal, ob sie später mit Schülern mit Behinderungen arbeiteten oder nicht. Allerdings achteten die Schuldirektoren, die die Lehrkräfte einstellten, durchaus darauf, dass diese Sonderpädagogik gelernt hätten, wenn sie mit Schülern mit entsprechenden Bedarfen arbeiten sollten. So hätten Bewerberinnen und Bewerber, die Sonderpädagogik mitstudiert oder sich darauf spezialisiert hätten, oft Vorteile bei der Einstellung. Innerhalb des Grundstudiums könne man sich auf Sonderpädagogik spezialisieren und einen Studienabschluss als Lehrkraft mit der Spezialisierung Sonderpädagogik erreichen. Entsprechende Programme seien sehr beliebt bei den Studierenden, und viele Lehrkräfte hielten die Inklusion als Ideal hoch, wobei die Umsetzung allerdings oft weniger leicht sei. Die grundsätzliche Herausforderung sei, dass der Begriff Inklusion nicht richtig definiert sei. Manche meinten, alle Kinder auf eine Schule zu schicken, sei schon Inklusion. Das sei aber nicht der Fall.

Abg. **Harm Rykena** (AfD) erkundigt sich, welche Möglichkeiten Schulen bzw. Lehrer hätten, effektiv gegen Mobbing vorzugehen, und welche Maßnahmen sie ergreifen könnten - in der Präsentation sei von null Toleranz bei Mobbing die Rede gewesen. In Deutschland beständen in diesem Bereich große Herausforderungen.

Herr Professor **Fasting** erklärt, diese Frage könne möglicherweise die Bildungsdirektion besser beantworten. Grundsätzlich beständen in diesem Bereich in der Tat große Herausforderungen. Ein Teil des Problems seien seit einiger Zeit auch Mobbing über die sozialen Medien und die entsprechende Verbreitung über Handys oder Laptops. Dies habe dazu geführt, dass in immer mehr Schulen Schülerinnen und Schüler ihr Handy vor Unterrichtsbeginn abgeben müssten - aktuell entschieden die einzelnen Kommunen bzw. Schulen, ob Handys verboten würden - und diese weggeschlossen würden, sodass die Schülerinnen und Schüler sich wieder mehr auf die reale Anwesenheit in der Schule konzentrieren könnten und weniger aktiv am Bildschirm seien. Es gebe auch Elternkomitees, in denen sich die Eltern trafen und engagierten, um gemeinsam



Probleme zu lösen und Herausforderungen anzugehen. Wichtig sei grundsätzlich, dass die Schülerinnen und Schüler ein Gefühl der Zugehörigkeit und Gemeinschaft hätten.

Die Schülerinnen und Schüler hätten grundsätzlich ein Recht darauf, über ihre Probleme zu sprechen; in letzter Zeit liege aber der Fokus in der Diskussion mehr darauf, dass die Lehrkräfte mehr Raum und ein klares Mandat bekommen sollten, ihre Auffassungen zu äußern, auch um das Schulumfeld zu verbessern. Aber dass sie den Schülern sagten, dass sie nicht mehr Teil der Klasse sein dürften, oder dass Schüler der Klasse verwiesen würden, passiere nicht; hier bestehe eine gewisse Weigerungshaltung seitens der Lehrkräfte.

Im Übrigen gebe es den bereits erwähnten Pädagogisch-Psychologischen Beratungs- bzw. Unterstützungsdienst (PPT), den alle Kommunen bereitstellen müssten und der die Zusammenarbeit von Schule und Familien fördere, fachliche Gutachten erstelle, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben sei, und Schulen bezüglich der Ausbildung von Schülerinnen und Schülern mit Unterstützungsbedarf und der Erteilung von adaptiertem Unterricht berate. In der Theorie sei die Hauptaufgabe des PPT, ein gutes Lernumfeld aufzubauen, in der Praxis erstelle er aber meist Gutachten und berate die Schulen zu Einzelfällen. Die personelle Ausstattung des PPT sei von Kommune zu Kommune unterschiedlich.

Auf Fragen von Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) nach Zahlen oder Statistiken dazu, wie oft die Unterstützungssysteme in Anspruch genommen würden, und wie deren Arbeit evaluiert werde, führt Herr Professor **Fasting** aus, ihm seien dazu keine Zahlen bekannt. Es gebe mehrere qualitative Studien, die die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und Kindergärten sowie den Unterstützungsstellen untersuchten, aber keine Statistiken.

Im früheren Bildungsgesetz sei geregelt gewesen, dass der PPT den Schulen helfen solle, wenn sie entsprechenden Bedarf hätten. Wenn Schulen oder Lehrer also der Auffassung gewesen seien, dass sie keine Hilfe bräuchten oder auch, dass der PPT nicht nah genug an der Lebenswirklichkeit der Schüler sei, sei er nicht kontaktiert worden. Im neuen Bildungsgesetz stehe, dass die Unterstützungsdienste mit den Schulen und Kitas zusammenarbeiten sollten; sie könnten also auch von sich aus auf die Schulen zugehen. Das sei eine sinnvolle Öffnung; denn Lehrer müssten auch erst einmal einsehen, dass sie es eventuell nicht alleine schafften. Hinzu komme, dass das Mitspracherecht und die Rechte der Schülerinnen und Schüler im neuen Gesetz gestärkt worden seien.

Auf eine Frage von Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) nach dem Gesetzgebungsprozess und der Einbeziehung von Experten in diesem Zusammenhang legt Professor **Fasting** dar, die Entwicklung von Gesetzen sei sehr demokratisch: Zunächst werde ein „White Paper“ mit bestimmten Positionen verschickt und publiziert, dazu könnten sich Experten, aber auch Gewerkschaften usw. äußern. Bei dem neuen Schulgesetz habe der zuständige Ausschuss den ersten Entwurf bearbeitet; dann habe eine öffentliche Anhörung stattgefunden - die Anhörungsfrist habe sechs Monate betragen. Er selbst, Fasting, habe zweimal im Ausschuss vorgetragen. Dann sei der Gesetzentwurf überarbeitet worden, und auch zu dem überarbeiteten Entwurf habe wieder eine Anhörung stattgefunden, und es seien Hinweise eingearbeitet worden. Es habe also einige Änderungen im Laufe des Prozesses gegeben.

## Besuch des norwegischen Zentrums für Holocaust- und Minderheitenstudien

**Steiner Ims**, Leiter der Bildungsabteilung, stellt zunächst anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 9](#)) die Geschichte des Gebäudes, den Hintergrund der Gründung des Zentrums sowie die unterschiedlichen Aufgabenbereiche im Rahmen der Bildungsarbeit des Zentrums zu den Themen Holocaust und Völkermord, Antisemitismus, Rassismus, Gruppenfeindlichkeit und Situation von Minderheiten vor. Er verweist dazu auch auf die Website des Zentrums unter <https://www.hlsenteret.no/english>.

Darüber hinaus teilt er mit, dass 15 000 Schülerinnen und Schüler pro Jahr am Bildungsprogramm teilnahmen - die Fahrtkosten würden erstattet - und 43 000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr das Museum besuchten; dabei kämen die meisten aus Oslo und Ostnorwegen. Ziel sei, das ganze Land zu erreichen; gleichzeitig seien die Kapazitäten aufgrund des historischen Gebäudes beschränkt. Zwar sei ein neues Gebäude gebaut worden, um die Kapazitäten zu erweitern, aber auch hier gebe es Beschränkungen aufgrund des Denkmalschutzes. Im Übrigen erhielten ca. 2 500 Lehrerinnen und Lehrer pro Jahr Beratung von einer weiteren Abteilung des Zentrums. Das Holocaust-Zentrum sei eines von sieben Menschenrechtszentren in Norwegen, die über das ganze Land verteilt seien.

Auch die Zusammenarbeit mit Institutionen in anderen Ländern spiele eine große Rolle; so gebe es zum Beispiel Kooperationen mit Institutionen in Polen, Belgien, der Slowakei und Südafrika hinsichtlich der Frage, wie Kindern und Jugendlichen Informationen zu den in Rede stehenden Themen am besten vermittelt werden könnten. Bald werde auch eine Reise von Vertretern des Zentrums nach Srebrenica stattfinden, um zu lernen, wie Kinder und Jugendliche dort unterrichtet würden. Mit Niedersachsen gebe es bisher keine Kooperation.

Sodann stellen **Liv Holt Kristensen**, **Martin Aasbø Ringdal** und **Cecilie Martinsen** dem Ausschuss im Rahmen der PowerPoint-Präsentation ([Anlage 9](#)) die Arbeit der Bildungsabteilung und die Bildungsprogramme des Zentrums unter anderem anhand von Programmbeispielen für verschiedene Altersgruppen von Schülerinnen und Schülern zu den Themen Rassismus, Holocaust und Minderheiten vor.

Abg. **Kirsikka Lansmann** (SPD) fragt mit Blick auf den Rechtsruck in Europa und darauf, dass es immer mehr Menschen gebe, die den Holocaust leugneten, wie im Zentrum damit umgegangen werde.

Herr **Aasbø Ringdal** antwortet, tatsächlich komme es nicht oft vor, dass Menschen das Zentrum besuchten, die den Holocaust tatsächlich leugneten. Auch sei der Rechtsruck in Norwegen im Vergleich zum Beispiel zu Schweden viel weniger groß, was sicherlich auch mit der norwegischen Geschichte zu tun habe. Anders als in Deutschland sei das Leugnen des Holocaust kein Straftatbestand und Teil der freien Meinungsäußerung, solange in diesem Zusammenhang nicht zu Gewalt aufgefordert werde.

Auf eine Frage von Abg. **Corinna Lange** (SPD) nach der Finanzierung antwortet Herr **Ims**, das Zentrum verfüge zum einen über ein Grundkapital aus dem Restitutionsausgleich, zum anderen würden feste Mittel aus dem Budget des zuständigen Ministeriums zur Verfügung gestellt, und drittens müsse das Zentrum auch immer wieder neue Anträge auf Projektmittel stellen, zum Beispiel um Projekte für die Zielgruppe der jüngsten Schüler durchführen zu können.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) spricht die Diskussion in Deutschland über die verschiedenen Formen von Antisemitismus an und erkundigt sich, inwiefern das Zentrum diesem Phänomen bei seiner Arbeit begegne.

Frau **Holt Kristensen** antwortet, genau diese Frage werde aktuell aktiv mit Schülerinnen und Schülern diskutiert; beim Thema Antisemitismus gehe es auch um dessen unterschiedliche Ausprägungen. - Herr **Aasbø Ringdal** fügt hinzu, im Zentrum gehe es auch um die Dokumentation von Haltungen generell - antisemitischen Haltungen, aber auch der Haltung Muslimen gegenüber und rassistischen Haltungen. Und es würden zum Beispiel auch die Haltungen von unterschiedlichen Minderheiten zueinander geprüft.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) führen Herr **Ims** und Frau **Holt Kristensen** aus, das Holocaust-Zentrum sei grundsätzlich eine sehr vielfältige Institution, insbesondere die Vielfältigkeitsabteilung „Dembra“ (Democratic Preparedness Against Antisemitism and Racism) sei sehr divers aufgestellt (<https://www.dembra.no/en>).

Auch der Vorstand sei sehr breit aufgestellt; es gebe vier Mitglieder der Universität Oslo, drei Mitglieder von den jüdischen Gemeinden, die diese Institution mit aufgebaut hätten, und ein Mitglied des Rates für Weltanschauungen. Ein Vorstandsmitglied sei der Leiter des Vereins für Humanethik in Norwegen, und dessen Vertreter sei von der Hindu-Gemeinde in Norwegen. Auch bestehe ein sehr enger Kontakt mit unterschiedlichen weltanschaulichen Communities usw.

In der Unterrichtsabteilung hätten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen pädagogischen Hintergrund bzw. seien Lehrkräfte; die fachlichen Kompetenzen seien das Kriterium für die Einstellung.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) erkundigt sich, ob auch Lebensbezüge der Schülerinnen und Schüler aus der Gegenwart in die Bildungsarbeit mit aufgenommen würden. - Frau **Martinsen** antwortet, an persönliche Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler anzuknüpfen, versuche man, zu umgehen, um die Kinder davor zu schützen, ihre eigenen Diskriminierungs- und Alltagserfahrungen erzählen zu müssen. Stattdessen werde ein Kurzfilm zu diesem Thema gezeigt, sodass eine implizite Befassung mit dem Thema erfolge.

Auf die Fragen von Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) nach der Debatte in Norwegen zum Thema Opferkonkurrenz - beispielsweise mit Blick auf weitere Opfergruppen der Nazis wie Sinti und Roma oder queere Menschen - und inwiefern versucht werde, Solidarität zwischen den Opfergruppen herzustellen, antwortet Frau **Holt Kristensen**, in Norwegen gebe es weniger Opfergruppen als in Deutschland, so seien neben den norwegischen Juden insbesondere die Roma verfolgt worden. Es habe zwar auch einen Plan gegeben, das sogenannte reisende Volk umzubringen; dieser sei aber nie umgesetzt worden. Grundsätzlich würden alle Opfergruppen im Zusammenhang mit dem Holocaust zu Veranstaltungen usw. eingeladen.

Herr **Ims** fügt hinzu, in der norwegischen Geschichte seien - jenseits des Holocausts - auch andere Gruppen bzw. Minderheiten unterdrückt worden, und zwar die Kvenen bzw. die Norwegisch-Finnen und ein Urvolk, die sogenannten Waldfinnen. Aktuell gebe es eine Auseinandersetzung über den Umgang mit diesen Minderheiten. - Auch dazu, wie norwegische Minderheiten wie Muslime, Sami, Kvenen und Waldfinnen heute Rassismus erfahren, gebe es Projekte mit Oberstufenschülern, ergänzt Frau **Holt Kristensen**.

\*

Abschließend besucht der **Ausschuss** die Holocaust-Ausstellung des Zentrums.

#### **Besuch eines samischen Kindergartens (Sami Manaidbeassi)**

Der **Ausschuss** besichtigt die unterschiedlichen Abteilungen des Kindergartens und informiert sich über die dortigen Abläufe sowie die Zusammenarbeit mit anderen Kindergärten. Die Leiterin des Kindergartens gibt einen Überblick über die samische Bevölkerung in Norwegen, die frühkindliche Förderung und kulturelle Inklusion sowie Projekte und Aktivitäten des Kindergartens, in dem 18 Kinder von 3 bis 5 Jahren und 9 Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren betreut würden. Ein besonderer Fokus liege auf der Vermittlung und dem Erleben der samischen Lebensweise und Kultur - zum Beispiel durch die Zubereitung von Rentierfleisch, Lassowerfen, Kunstprojekte, Nähen mit Rentierfellen - und der Förderung der samischen Sprache.

#### *55. Sitzung am 19. Juni 2025*

#### **Besuch der Dønski videregående skole und Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Schule sowie Austausch mit Schülerinnen und Schülern**

Nach einem Rundgang der **Ausschussmitglieder** über das Schulgelände gibt **Anders Lindhjem-Godal**, Schuldirektor, dem Ausschuss einen allgemeinen Überblick über den Aufbau und die Arbeit der Schule, außerschulische Aktivitäten (zum Beispiel Aktivitätstage wie einen schulweiten Sporttag, einen internationalen Tag sowie Ausflüge zu Veranstaltungen und Attraktionen in der Umgebung), den Deutschunterricht an der Schule, die PASCH-Aktivitäten (Schulen: Partner der Zukunft) und den internationalen Austausch (Aktivitäten des Goethe-Instituts, Erasmus+). Die Dønski videregående skole sei eine staatliche weiterführende Schule zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife, vergleichbar mit der Oberstufe einer deutschen Gesamtschule (Klasse 11 bis 13), an der zwischen einem allgemeinbildenden Profil mit naturwissenschaftlicher oder sprachlich-gesellschaftkundlicher Orientierung und einem Sportprofil mit unterschiedlichen Sportarten (Alpinski, Langlauf, Skischießen, Fußball, Basketball, Handball, Schwimmen, Bandy und Eishockey) gewählt werden könne.



Insbesondere weist der Schuldirektor auf die Vision der Schule „Alle sollen erfolgreich sein!“ hin und teilt mit, dass es in der sonderpädagogischen Abteilung vier Klassen für Schüler mit individuellem Unterstützungsbedarf gebe, wobei die Gruppen in der Regel kleiner seien und der Betreuungsschlüssel bei einem Lehrer für vier Schüler liege.

Auf entsprechende Fragen von Abg. **Kirsikka Lansmann** (SPD), Abg. **Lukas Reinken** (CDU) und Abg. **Harm Rykena** (AfD) führt Herr **Lindhjem-Godal** aus, die Schule sei grundsätzlich kostenlos, die Schüler müssten also kein Schulgeld bezahlen. Die Schüler im Sportprofil, die Alpinski belegten und alle Mitglied im Skiclub seien, müssten für diese Mitgliedschaft allerdings zahlen, auch um lange Reisen außerhalb Norwegens finanzieren zu können. Es gebe zwar keine Aufnahmeprüfung für Alpinski, aber man müsse ein hohes Level beim Skifahren und viel Skifahrerfahrung mitbringen. Es gebe auch Sportschülerinnen und -schüler, die an den Special Olympics teilnähmen; in diesem Winter sei eine Silbermedaille gewonnen worden.

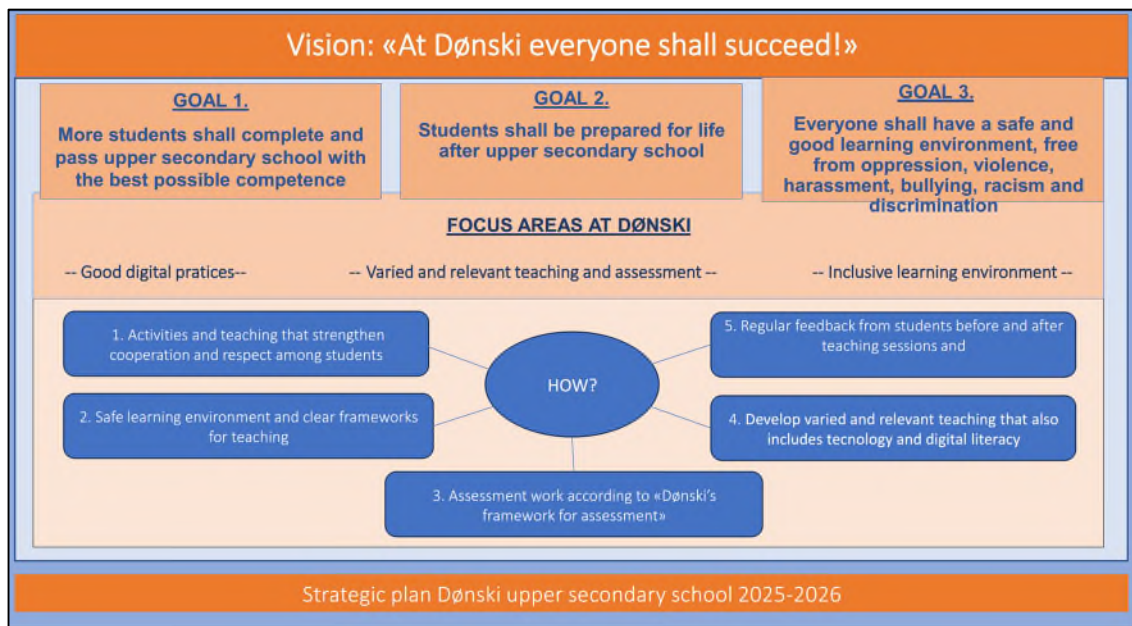
Der Sportunterricht für die Sportklassen sei Teil des regulären Stundenplans; die Sportarten seien jeweils ein Schulfach. Jeden Morgen finde ein Training statt; der größte Teil des Trainings finde in der Schule statt. Wenn Alpinski-Schüler wegen Auslandsaufenthalten längere Zeit fehlten, erhielten sie im Anschluss oft Blockunterricht.

Abg. **Philipp Meyn** (SPD) spricht das Thema Digitalisierung an und fragt, wie die Schülerinnen und Schüler der Dønski-Schule mit dem aktuellen Trend, dass anstelle einer weiteren Digitalisierung wieder mehr mit Büchern gearbeitet werden solle, umgingen.

Herr **Lindhjem-Godal** antwortet, an der Dønski-Schule gebe es eine Kombination aus beidem: Alle Schüler hätten Bücher in allen Fächern, aber sie müssten auch digitale Kompetenzen entwickeln. Dabei arbeite die Schule selbst sehr digital; zum Beispiel seien im letzten Jahr Möglichkeiten von KI getestet worden, ein Bereich, in dem es große Herausforderungen gebe, weil die Erfahrung gezeigt habe, dass Schülerinnen und Schüler KI nutzten, um unter anderem bei Prüfungen schummeln, und noch nicht klar sei, wie man ihre Kompetenzen zukünftig beurteilen solle.

Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Harm Rykena** (AfD) führt **Berit Schikora**, Deutschlehrerin und Verantwortliche für Fremdsprachen, aus, es gebe in allen Jahrgängen feste Klassen, in denen bestimmten Stunden gemeinsam unterrichtet würden - Norwegisch, Sport usw. -, aber auch Leistungskurse. In der 11. Klasse würden ca. 80 % der Stunden gemeinsam unterrichtet, in der 12. Klasse seien es nur 8 Stunden.

Sodann stellt Herr **Lindhjem-Godal** die Ziele der Schule und ihre Umsetzung vor, wobei das wichtigste Ziel sei, dass die Schüler den Schulabschluss mit den bestmöglichen Kompetenzen erreichten.



Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) erkundigt sich, ob die aufgeführten Maßnahmen dazu beitragen, dass es weniger Probleme mit Mobbing auch über das Internet bzw. die sozialen Medien gebe, und wie das Verhältnis zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften sei - Stichwort „Respekt“. In Deutschland gebe es zum Teil auch Probleme mit körperlicher Gewalt.

Herr **Lindhjem-Godal** antwortet, auch an der Dønski-Schule gebe es einige, aber nicht überdurchschnittlich viele Probleme in diesem Bereich, mit denen man umgehen müsse. Wichtig sei, eine Umgebung zu schaffen, in der es Respekt zwischen Lehrern und Schülern, aber auch Schülern und Schülern gebe. Dabei sei die inklusive Lernumgebung ein Fokus, und es gebe klare Strukturen. Zum Beispiel würden Handys während des Unterrichts weggeschlossen.

**Ingrid Margrete Arnestad**, Leiterin des Teams Inklusion, Identifikation und Orientierung (IKO), ergänzt, wichtig sei insbesondere ein positiver Blick auf die Schüler. Grundsätzlich repräsentiere die Dønski-Schule Norwegen sehr gut, denn hier gebe es sowohl sehr leistungsstarke (zumeist im Sportbereich) als auch sehr leistungsschwache Schüler. Dies sei durchaus schwierig für die Lehrer, denn alle Schüler hätten ein Recht auf entsprechende Unterstützung; die Vision von Dønski sei, dass es eine Schule für alle sein solle. Die Lehrer seien dafür verantwortlich, dass dies umgesetzt werde; wenn es Probleme gebe, müssten die Lehrer immer wieder auf die Schüler zugehen und fragen, wie es ihnen gehe, warum sie nicht zum Unterricht kämen usw. Das sei eine große Verantwortung, und es sei wichtig, dass sowohl die Fachlehrer als auch die Klassenlehrer ein gutes Verhältnis zu den Schülern hätten. Entscheidend sei, in der Schule ein Sicherheitsnetz



zu schaffen, das aus Direktor, Klassenlehrer, Fachlehrern und Ratgebern bestehe. Jede Woche finde ein Treffen der Lehrer statt, in dem sie sich über bestehende Herausforderungen austauschten und gemeinsam im Team überlegten, wie man damit umgehen könne.

Zu erwähnen sei in diesem Zusammenhang auch der Pädagogisch-Psychologische Dienst (PPT), in dem aktuell eine Psychologin tätig sei, an die Berit Schikora als Ratgeberin Schüler überweise, wenn ein Verdacht auf Legasthenie, ADHS usw. bestehe. An der Schule gebe es auch eine Krankenschwester und Sozialarbeiter, die die Betreuung auch in den Pausen sicherstellten.

Abg. **Anna Bauseneick** (CDU) fragt, ob diese Struktur an allen Schulen gängig sei. - Frau **Arnestad** bestätigt dies.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) erkundigt sich, ob bei längerer Abwesenheit von der Schule Strafen verhängt bzw. Bußgelder gezahlt werden müssten.

Frau **Schikora** antwortet, die Schule setze nicht auf Strafen; es müssten keine Bußgelder gezahlt werden. Wenn jemand mehr als 10 % unentschuldigt fehle, bekomme er keine Note.

Sodann erläutert Frau Schikora ihre Funktion als „Ratgeberin“ in der Schule und fügt hinzu, sie führe am Anfang jedes Schuljahres viele Gespräche mit Schülerinnen und Schülern und sei oft die erste Ansprechperson bei persönlichen Herausforderungen. Zum Teil unterstütze sie auch andere Lehrkräfte, und sie nehme an Klassenkonferenzen teil.

## Rådgiver: Ratgeber\*in, Soziallehrer\*in, Beratungslehrer\*in

- 2 Hauptbereiche:

- Berufsberatung (Fachberatung)
  - Berufsorientierungstag, Besuch der Universitäten, individuelle Beratung
- Sozialpädagogische Arbeit
  - Klassen-/Schulwechsel
  - Fachliche Herausforderungen
  - Soziale/persönliche Herausforderungen
  - Überweisung zu PPT (Pädagogischpsychologischer Dienst)
  - Individuelle Anpassungen und Nachteilsausgleich
  - Betreuung und Mentoring
  - Abwesenheit

- neutrale Instanz

- vermittelnde Instanz

- **Zusammenarbeit mit:** Schul-Krankenpflegerin, Schulleitung, PPT, Klassenlehrer, Fachlehrer, Psychologen, Jugendamt



Auf eine entsprechende Frage von Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) antwortet Frau **Schikora**, die Vertreterin des PPT sei durchschnittlich an anderthalb Tagen pro Woche in der Schule. Finanziert werde der PPT von den Kommunen. Entsprechend der Befunde nehme sie, Frau Schikora, individuelle Anpassungen und einen Nachteilsausgleich vor; zum Beispiel erhielten manche Schüler eine Stunde länger Zeit für das Examen, Aufgaben würden ihnen vorgelesen und erklärt, oder sie könnte ihr Examen in einem abgeschirmten Raum mit weniger Schülern leisten.

Abschließend gibt Frau Schikora noch einige Informationen zum Deutschunterricht an der Schule und teilt mit, dass es aktuell ein Austauschprogramm mit Bayern gebe, bisher jedoch nicht mit Niedersachsen.

\*

Im Anschluss tauschen sich die **Ausschussmitglieder** in Kleingruppen mit Schülerinnen und Schülern insbesondere über deren Erfahrungen in den Bereichen Inklusion und Digitalisierung an der Schule aus.

### **Information durch Vertreterinnen der Direktion für allgemeine und berufliche Bildung über das norwegische Bildungssystem, frühkindliche Bildung und Betreuung, sonderpädagogische Förderung sowie den Stand der Digitalisierung in norwegischen Schulen**

**Dr. Tine Weise Haland**, Leiterin der Abteilung für Forschung und internationale Studien, informiert den Ausschuss zunächst anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 10](#)) über die Aufgaben der Direktion, das norwegische Schulsystem sowie Daten und Fakten zu den Bereichen Kindergarten, Primar- und Sekundarstufe I und II (Oberstufe).

Mit Blick auf das neue Schulgesetz hebt sie die damit verbundenen Flexibilisierungen hervor; so würden die Möglichkeiten, sich beruflich noch einmal umzuorientieren, vergrößert. Wenn jemand beispielsweise nach einer Berufsausbildung feststelle, dass dieser Beruf nicht das Richtige sei, könne man eine weitere Berufsausbildung machen. Auch die Möglichkeiten, Teile der Ausbildung nachzuholen und einen Abschluss zu machen, würden verbessert. Dies sei insbesondere mit Blick darauf wichtig, dass nur 82 % der Schüler der höheren Sekundarstufe (Klasse 11 bis 13) einen Abschluss machten. Hier sollten Verbesserungen erreicht werden.

Abg. **Harm Rykena** (AfD) fragt, was die 18 % der Schülerinnen und Schüler machten, die keinen Abschluss in der höheren Sekundarstufe erreichten.

Frau **Dr. Weise Haland** antwortet, die meisten würden direkt in den Arbeitsmarkt gehen, und vielen fehle das Interesse, wieder die Schule zu besuchen. Deshalb gebe es jetzt Initiativen, die es den Schülerinnen und Schülern, die ihre Ausbildung fast abgeschlossen hätten, erleichtern solle, Ausbildungsteile nachzuholen und einen Abschluss zu machen.

Abg. **Lukas Reinken** (CDU) fragt, ob die Schüler, die eine zweite Berufsausbildung machen könnten, alternativ auch noch die allgemeine Hochschulreife erreichen könnten, und ob es hierbei einen Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Gebieten gebe.

Frau **Dr. Weise Haland** teilt mit, alle, die eine Berufsausbildung gemacht hätten, hätten Anrecht auf ein Aufbaujahr, um so die allgemeine Hochschulreife zu erreichen. Auch damit könne man eine Berufsausbildung machen.

In der Tat gebe es große Unterschiede zwischen den städtischen und ländlichen Regionen; während im ländlichen Bereich sehr oft eine Berufsausbildung angestrebt würde, würde in den Städten eher die allgemeinbildende Hochschulreife angestrebt.

\*

**Stine Kolstad Jensen** stellt dem Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 11](#)) den norwegischen Rahmenplan für Kindergärten vor. Sie gibt einen kurzen Überblick über Geschichte, Kontext und Inhalt des Rahmenplans, die Bedeutung von Inklusion und Digitalisierung



im Rahmenplan sowie die Unterstützung der Kindergärten bei der Umsetzung des Rahmenplans durch die Direktion.

Abg. **Harm Rykena** (AfD) erkundigt sich, ob es in Norwegen ähnliche Probleme wie in Deutschland gebe, nämlich dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz oft nicht erfüllt werde und die Eltern keinen Platz für ihr Kind bekämen.

**Cecilie Langholm** führt aus, alle Kinder ab einem Jahr hätten einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in ihrer Kommune, und die Kommune müsse gewährleisten, dass sie auch einen Platz bekämen. Zunächst sei geregelt gewesen, dass alle Kinder, die vor dem 1. August geboren worden seien, diesen Anspruch hätten, dann sei die Regelung auf 1. September bzw. 1. Oktober erweitert worden, und demnächst erfolge die Erweiterung auf den 1. November. Aktuell werde über eine Erweiterung auf das Datum 1. Dezember debattiert.

Abg. **Anna Bauseneick** (CDU) und Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) sprechen das Thema Fachkräfte in den Kindergärten an und fragen unter anderem, ob es feste Gruppen mit einer festen Anzahl an Kindern oder offene Gruppen gebe.

Frau **Langholm** legt dar, üblich seien 3 Erwachsene pro 18 Kinder in einer Abteilung für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren und 3 Erwachsenen für 9 Kinder oder 4 Erwachsene für 14 Kinder im Alter von unter 3 Jahren. In einem Kindergarten gebe es normalerweise 4 bis 6 Abteilungen. Es gebe auch große sogenannte Basenkindergärten mit mehr Kindern und Aktivitäten in verschiedenen Bereichen (Kunst, Musik); das sei aber nicht der Regelfall.

Es gebe eine Norm bezüglich des Betreuungsschlüssels und bezüglich des qualifizierten pädagogischen Personals im Kindergarten: Etwa 40 % sollten qualifizierte Kindergarten- bzw. Vorschullehrer sein. Dabei bestehe allerdings die Herausforderung, dass es zum einen nicht genug Studierende im Vorschullehrerstudium und zum anderen nicht genug Vorschullehrer gebe.

Bei Kindern über 3 Jahren müsse ein Vorschullehrer 14 Kinder und bei Kindern unter 3 Jahren 7 Kinder betreuen. Die übrigen Betreuungskräfte seien Facharbeiter mit einer Qualifikation für Kinder und Jugendliche - das seien ca. 30 % -, aber auch ungelernte Personen, die keine Qualifizierung aufweisen müssten. Sie müssten lediglich ein polizeiliches Führungszeugnis abgeben und Norwegisch sprechen können. Im Kindergarten würden sie von den Vorschullehrern angeleitet und beraten. Auch das Direktorat biete einen Onlinekurs „Grundkompetenzen für den Kindergarten“ an.

Auf eine Nachfrage von Abg. **Sophie Ramdor** (CDU) nach der Bezahlung der Kindergartenkräfte antwortet Frau **Langholm**, der Lohn richte sich nach den Qualifikationen. Vorschullehrer erhielten zwischen 440 000 und 600 000 Kronen pro Jahr, Facharbeiter für Kinder und Jugendliche zwischen 370 000 und 520 000 Kronen und Hilfskräfte ohne Ausbildung zwischen 340 000 und 480 000 Kronen. Dabei sei das Gehalt der Vorschullehrer niedriger als das von Schullehrern, sagt sie auf eine entsprechende Nachfrage von Abg. **Corinna Lange** (SPD).

Auf entsprechende Fragen von Abg. **Kirsikka Lansmann** (SPD), Abg. **Dr. Karl-Ludwig von Danwitz** (CDU) und Abg. **Harm Rykena** (AfD) teilt Frau **Langholm** mit, auch in Norwegen seien im Kindergartenbereich viel mehr Frauen als Männer beschäftigt; es seien ca. 10 % Männer, 20 % sei die Zielsetzung. Wie die Gruppen eingeteilt würden und ob in einer Gruppe zum Beispiel auch Kinder

von 1 bis 5 Jahren seien, könne jeder Kindergarten selbst entscheiden. In den meisten Kindergärten seien Kinder von 1 bis 3 Jahren und Kinder von 4 und 5 Jahren jeweils in einer Gruppe. In manchen gebe es auch eine Gruppe für die 1-Jährigen. Eine Vorschulklasse 0 wie in Dänemark gebe es in Norwegen nicht, aber in vielen Kindergärten würden die Kinder entsprechend auf die Schule vorbereitet.

Abg. **Harm Rykena** (AfD) spricht das Thema Sprachtests im Alter von 3 Jahren an, das in Deutschland diskutiert werde, weil viele Kinder in der ersten Klasse kein Deutsch könnten, und fragt, ob dieses Thema auch in Norwegen diskutiert werde.

Frau **Langholm** führt aus, das sei in der Tat auch in Norwegen diskutiert worden, aber man habe sich gegen Sprachtests entschieden, weil die Resultate nicht stabil genug seien. Stattdessen werde in den Kindergärten die sprachliche Entwicklung und Mehrsprachigkeit stark gefördert - auch bei der Muttersprache der Kinder gebe es Unterstützung -; auch hier gebe es viele Kinder, die zu Beginn der 1. Klasse kein Norwegisch sprächen. Dazu gebe es ein entsprechendes Kompetenzpaket zur Unterstützung der Mitarbeiter.

\*

Sodann stellt **Kari Myrbakken Hoft**, Abteilung für Inklusion und pädagogische Unterstützung, anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 12](#)) die Maßnahmen und Regelungen des neuen Bildungsgesetzes aus 2024 im Bereich Inklusion vor.

Darüber hinaus teilt sie mit, dass die Motivation der Lehrkräfte, sich im Bereich Inklusion fortzubilden, sehr groß sei. Die Direktion biete dazu auch entsprechende Fortbildungen an. Die Kompetenzenhebung in diesem Bereich sei ein wichtiges Projekt in der norwegischen Politik.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) fragt nach der Evaluierung der Maßnahmen und ob die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf, die in separaten Abteilungen beschult würden, in Norwegen genauso wie in Dänemark steige.

Frau **Myrbakken Hoft** antwortet, eine Evaluation zu allen Maßnahmen sei aktuell in Arbeit.

Separate Abteilungen und Sonderschulen gebe es insgesamt nicht sehr viele; die, die es gebe, seien über das ganze Land verteilt. Es gebe in Norwegen zum Beispiel nur eine einzige staatliche Sonderschule mit einem Angebot für taubblinde Kinder mit weiteren körperlichen Behinderungen. Daneben gebe es unterschiedliche Ressourcenschulen, zum Beispiel in Oslo für Kinder mit Autismus.

Das grundsätzliche Ziel sei, dass so viele Kinder wie möglich auf eine allgemeine Schule in ihrer nächsten Umgebung gingen, an der sie Unterstützung bekämen würden. In der Praxis sei allerdings festzustellen, dass viele Schulen zunächst alle Kinder aufnahmen, dann aber Abteilungen für Schüler mit besonderen Bedürfnissen aufbauten. Dies werde in den Kommunen sehr unterschiedlich praktiziert.

\*

Eine weitere **Vertreterin der Direktion** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation ([Anlage 13](#)) den Status der Digitalisierung an norwegischen Schulen vor und teilt darüber hinaus mit, dass 9

von 10 Primarschülern (Klasse 1 bis 7) über ein eigenes digitales Gerät verfügten. Im ersten Schuljahr hätten etwa 20 % kein digitales Gerät, während dies in der 10. Klasse nur noch 1 % seien. In den ersten Schuljahren würden Tablets und ab der 5. oder 7. Klasse Laptops zur Verfügung gestellt.

Inzwischen gebe es eine neue Diskussion zum Thema Digitalisierung, auch mit Blick auf KI und Datenschutz, und es werde hinterfragt, inwieweit es hier zu Änderungen kommen müsse. So hätten auch einige Eltern gegen die Digitalisierung in der Schule, insbesondere mit Blick auf die jüngsten Schüler, protestiert. Diese Eltern hätten die Debatte in den Medien dominiert, während andere differenziertere Auffassungen verträten.

Auf eine Frage des Vors. Abg. **Pascal Mennen** (GRÜNE) nach der Administration und Finanzierung der digitalen Geräte teilt die **Vertreterin der Direktion** mit, die Kommunen bestellten und kauften die Tablets bzw. Laptops, die Tools und Lizenzen. Oft würden Drei-Jahres-Verträge abgeschlossen und die Tablets bzw. Laptops alle drei Jahre ausgewechselt. Bei dem konkreten Verfahren gebe es allerdings große Unterschiede, weil die Kommunen sehr unterschiedlich aufgestellt seien. Zum Teil seien die Schulen sehr involviert in den Prozess, in anderen Fällen werde alles zentral in der Kommune entschieden oder es gebe einen Ausschuss, der Entscheidungen treffe. Ob Tablets oder Laptops angeschafft würden, entscheide die Kommune. Auch was die Administrierung durch IT-Fachkräfte angehe, treffe die Kommune die Entscheidung; an manchen Schulen gebe es auch eigene IT-Fachkräfte. Allerdings sei ihr Eindruck, dass dieser Service mehr und mehr zentralisiert werde und jemand aus der Kommune in die Schulen geschickt werde.

Abg. **Harm Rykena** (AfD) fragt nach dem Anteil an Tablets bzw. Laptops - die aus seiner Sicht zu bevorzugen seien - in den höheren Klassen.

Die **Vertreterin der Direktion** antwortet, in der Oberstufe verfügten gewöhnlich alle Schülerinnen und Schüler über einen Laptop, und auch in den Jahrgängen 8 bis 10 sei der Anteil an Laptops sehr hoch. In der Primarstufe hingegen sei der Anteil an Tablets größer. Auch aus ihrer Sicht seien Laptops grundsätzlich zu bevorzugen, denn zum Beispiel ein Essay mit einem Tablet ohne Tastatur zu schreiben, sei sehr schwierig. Das entschieden aber letztendlich die Kommunen und sei vor allem eine Kostenfrage.

### **Geführter Besuch der Deichman Bibliothek**

Der **Ausschuss** besichtigt die Deichman Bibliothek und informiert sich im Rahmen einer Führung über das Konzept der Bibliothek als „Drittem Ort“ - Ort demokratischer Begegnung aller Altersgruppen, kultureller Bildung und „Maker Space“.

\*\*\*